

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL  
=====

des

7. Bundesparteitages

der

Österreichischen Volkspartei

in

Innsbruck - Stadtsäle

28. bis 30. November 1958

1. Tag

Vormittag

**Karl v. Vogelsang Institut**  
Tivoligasse 73  
1120 Wien

## Inhalt

	<b>Seite</b>
1. Eröffnung des Bundesparteitages durch Bundesparteiobmann Ing. Raab .....	1
Totenehrung .....	3
2. Begrüßungsansprachen der Ehrengäste	
Bürgermeister Dr. Lagger .....	5
Alberts (Niederlande) .....	7
Frau Abg. Dr. Conci (Italien) .....	10
Dr. Rosenberg (Schweiz) .....	13
Präs. Dr. Magnago (Südtiroler Volkspartei) ...	16
Min.a.D. Dr. Prochaska (Christl.-dem. Union).	20
Viz.Präs. Dr. Jäger (DBR) .....	27
3. Beschlussfassung über die Geschäftsordnung des Bundesparteitages .....	24
4. Wahl des Tagungspräsidiums und der Schriftführer .....	24
Vorsitzender Bundesparteiobmann Ing. Raab ...	24 ff
Generalsekretär Scheidl .....	24 ff
5. Bestätigung der Zusammensetzung	
a) der Wahlausschüsse	
b) der Mandats- und Antragsprüfungskommission	
Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Klaus .....	30 ff
Landespartei sekretär Neumann .....	30
Landesrat Lentsch .....	31
6. a) Referate der Obmänner der Bünde	
Referent Viz.Bürgerm.Min.a.D. Weinberger ....	32
Referent Min.a.D. Präsident Kraus .....	56
Referent Landeshauptmann Kom.Rat Wagner .....	70
Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Klaus .....	79
Unterbrechung der Beratungen .....	80

Die Österreichische Volkspartei hält ihren siebenten Bundesparteitag in den Stadtsälen in Innsbruck ab. Der Saal ist festlich mit den Wappen der Bundesländer geschmückt. An der Stirnwand prangt das Motto "Freiheit, Wohlstand, Sicherheit".

Um 10 Uhr 05 Minuten betritt Bundesparteiobmann Bundeskanzler Dr.h.c. Ing. Raab, begleitet von der Bundesparteileitung, unter lebhaftem Beifall das Podium.

## 1. E r ö f f n u n g

Vorsitzender Bundesparteiohmann Bundeskanzler Dr.h.c.

Ing. R a a b : Hiemit erkläre ich den 7.ordentlichen Bundesparteitag für eröffnet.

Meine sehr geehrten Frauen und Herren! Es gereicht mir zu einer großen Freude, auf diesem Parteitag die Delegierten zum höchsten Organ unserer Partei im Namen der Bundesparteileitung wie im eigenen Namen auf das herzlichste zu begrüßen.

Mein erster Gruß gilt dieser schönen Stadt, die in der Geschichte Österreichs schon so oft die Stätte bedeutungsvoller historischer Vorgänge gewesen ist, der Stadt Maximilians I., des letzten Ritters, neben dessen Grabmal wir soeben um den Beistand Gottes für unsere Arbeit gebetet haben.

Mein ebenso herzlicher Gruß gilt diesem Land, das in wenigen Wochen die 150 Jahr-Feier zum Gedächtnis seines größten Volkshelden Andreas Hofer begehen wird.

Mein Gruß gilt aber auch allen Delegierten aus allen Bundesländern, die die Mühe und den Aufwand nicht gescheut haben, um an unserem Bundesparteitag teilzunehmen.

Von Rechts wegen müßte ich jetzt alle die hervorragenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens namentlich begrüßen, die in unserer Mitte weilen. Ihre Zahl ist aber so groß, daß ich das sehr summarisch tun muß, und ich beschränke mich darauf, den 1. und 3. Präsidenten des Nationalrates, unsere



Parteifreunde Dr. Hurdes und Dr. Gorbach zu begrüßen (Beifall ferner alle Mitglieder der Bundesregierung, die unserer Partei angehören, die Herren Minister sowie die Herren Staatssekretäre.

Mein ganz besonderer Gruß gilt den Vertretern der gesinnungsverwandten Parteien aus dem Ausland, insbesondere den Vertretern der NEI.

Von der katholischen Volkspartei Hollands begrüße ich das Mitglied des Parteivorstandes Herrn Alberts;

von der Democrazia Cristiana Frau Abgeordnete Dr. Conci;

von der Christlich-Conservativen Partei der Schweiz Generalsekretär Dr. Martin Rosenberg;

von der Südtiroler Volkspartei den Landtagspräsidenten Dr. Silvius Magnago;

von der Union der Christlich Demokratischen Parteien Mitteleuropas in der N.E.I. Min. a.D. Dr. Adolf Procházka und Generalsekretär Konrad Sieniewicz.

(Die Begrüßten werden jeweils lebhaft akklamiert.)

Wir halten unseren Parteitag wieder in aller Öffentlichkeit ab. Die Vertreter der in- und ausländischen Presse, des Rundfunks, des Fernsehens und der Österreichischen Wochenschau, die ich hiermit begrüße, werden während der ganzen Dauer unserer Tagung hier im Saale anwesend sein und Gelegenheit haben, die Beratungen in aller Öffentlichkeit zu verfolgen. (Beifall.)

Wenn mein Blick durch diesen Saal geht, dann erfüllt mich die Erkenntnis mit Befriedigung, daß unsere Partei wirklich das ist, was sie sein will: eine Volkspartei! Da sitzt der Bauer neben dem Industriellen, der Arbeiter neben dem Beamten, da sitzt ein Kaufmann und dort ein Techniker, alle Berufsstände, alle Klassen sind hier vertreten. Schon diese Tatsache, daß sie alle ohne Unterschied nach dem Parteistatut das gleiche Recht haben, hier zu erscheinen, und daß sie auch mit der gleichen Selbstverständlichkeit alle unserem Rufe Folge geleistet haben, beweist uns, daß wir eine politische Gemeinschaft sind, die nach einem gemeinsamen politischen Ideal ausgerichtet ist. Daher darf ich über diesen Parteitag eines voraussagen: Wenn wir auch da und dort verschiedene Meinungen Ausdruck geben werden, wollen wir doch keine Herdenmenschen sein, sondern Individualitäten, eigenständige Persönlichkeiten -, so wird doch alle unsere Ausführungen ein einheitlicher Ton beherrschen: die grenzenlose Liebe zu unserer einheitlichen Partei, die nur von einem Gefühl übertroffen wird, von der aufopferungsvollen Liebe zu unserem Vaterland Österreich. (Beifall.)

Liebe Parteifreunde! Ich darf die Begrüßung der Lebenden nicht abschließen, ohne auch einen Gruß hinüber zu senden zu jenen, die uns in die Ewigkeit vorausgegangen sind. (Die Delegierten erheben sich von den Plätzen.) Auch in diesem Fall kann ich der einzelnen nicht mit Namen gedenken, nur einen will und muß ich nennen: den Landeshauptmann dieses Landes,

Ökonomierat Alois Grauss. Seine Art soll uns auf diesem Parteitag in besonderer Weise Vorbild sein. Schlicht, gerade, wortkarg, aufrichtig, manchmal bis zur Härte, aber niemals ungerecht, niemals lieblos. Wenn das Wort des Dichters auf einen Menschen paßt, dann darf man es von ihm sagen: Nehmt alles nur in allem, er war ein Mann.

Unter den Dahingegangenen haben wir viele solche Männer verloren. Ehren wir stets ihr Andenken!

Sie haben sich zum Zeichen der Anteilnahme und der Trauer von Ihren Sitzen erhoben, Ihre Kundgebung wird in das Parteitagsprotokoll aufgenommen werden. (Die Delegierten nehmen wieder ihre Plätze ein.)

Wir kommen zum 2.Punkt der Tagesordnung:

Begrüßungsansprachen der Ehrengäste.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bürgermeister von Innsbruck Dr.Lugger. Ich erteile ihm das Wort.

Bürgermeister-Dr. Alois L u g g e r: Herr Bundeskanzler! Hohes Präsidium! Verehrte Herren Minister und Staatssekretäre! Hohe Gäste des In- und Auslandes! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Der Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei in Innsbruck gibt dem Bürgermeister der Landeshauptstadt die schöne Aufgabe, allen jenen Repräsentanten des österreichischen Volkes ein aufrechtes Größ Gott zu sagen, die seit dem Kriege den verantwortlichen Hauptanteil an der Aufwärtsentwicklung unseres Vaterlandes getragen haben und tragen.

Der erste Gruß Innsbrucks gilt dem Repräsentanten und Regierungschef Österreichs, unserem hochverehrten Bundeskanzler Ing. Raab. (Beifall.) Dieser Gruß sei nicht nur ein Gruß der Dankbarkeit und der Treue, sondern auch des Gebetes für ihn und unser Österreich.

Alle in- und ausländischen Gäste sind in der Landeshauptstadt Tirols herzlich willkommen.

Die Tage der Österreichischen Volkspartei in Innsbruck mögen im Zeichen unseres Stadtwappens stehen, im Zeichen der Brücke. Seit eh und je war Innsbruck ein Zentrum geistiger Auseinandersetzungen. Die Härte der Natur, aber auch die Möglichkeiten der Brücke über den Fluß und des Passes über die Alpen brachten Festhalten am Ererbten und Aufgeschlossenheit für die Zukunft in glückliche Harmonie.

Innsbruck als Zentrum des Landes Tirol war immer auch ein Hort echter Freiheit, auch im Leben des Alltages. Die Lösung

aller Probleme des menschlichen Zusammenlebens erfordert aber Mut zum Freiheitsrisiko. Wenn die Österreichische Volkspartei nunmehr ihre Grundlagen und die daraus folgende Tagesarbeit beraten wird, möge daran gedacht werden, daß nie die Freiheit des Einzelmenschen zum Nebenprodukt der staatlichen Verwaltung des Menschen werden möge. Die heutige Demokratie bedarf der ständig erneuerten Gewissenserforschung über die rechte Ordnung ihrer Funktionen und Einrichtungen.

Gerade in dieser Partei der Toleranz und der verantwortungsbewußten Meinungsfreiheit - Grundprinzipien der christlichen Gesellschaft - muß Grundzweck der eigenen berufständischen Ordnung die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit und damit die zukunftsichere Ordnung und der Friede der Gesellschaft selbst im wirtschaftlichen und sozialen Bereich sein.

Dies in die vielfältige Tagesarbeit umzusetzen, möge der Genius loci dieser Stadt im Gebirge fördern, zum Wohle aller Menschen Österreichs.

Innsbruck will Brücke sein im Vaterlande, will Brücke sein im europäischen Raume, will seinen eigenen verantwortungsbewußten Beitrag leisten für gerechte Freiheit der Mitmenschen in aller Welt.

Innsbruck freut sich Eures Hierseins! (Lebhafter Beifall.)



Vorsitzender Bundesparteiohmann Ing. R a a b : Ich danke dem Herrn Bürgermeister für seine liebenswürdigen Worte.

Zum Wort hat sich weiter gemeldet Herr Alberts von der Katholischen Volkspartei Hollands. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

A l b e r t s (Katholische Volkspartei der Niederlande): Herr Präsident! Liebe Parteifreunde der ÖVP! Meine Damen und Herren! Es ist mir eine besondere Ehre und eine aufrichtige Freude, Ihnen im Namen des Parteivorstandes der Katholischen Volkspartei der Niederlande die herzlichsten Grüße und die besten Wünsche für einen guten Erfolg Ihres Parteitages zu überbringen. Ich freue mich über die ehrenvolle Einladung, die uns zuteil wurde, und ich kann Ihnen versichern, daß ich es ganz besonders gern auf mich nahm, unsere Partei in dem schönen Lande Österreich und in der schönen Stadt Innsbruck beim Bundesparteitag der befreundeten Österreichischen Volkspartei zu vertreten. Die Tiroler wissen ja schon längst, daß die Niederländer gern nach Österreich kommen, und wir fürchten sogar manchmal, daß diese Sympathie der Holländer für Österreich so groß ist, daß Holländisch, wenigstens in den Sommermonaten, hier zur zweiten Landessprache wird. (Heiterkeit und Beifall.) Denn dann könnten sich die Österreicher durch diese zu große Sympathie etwas bedrückt fühlen. Aber ich bitte Sie, darin ein wirkliches Interesse für Ihr Land zu erblicken, das nach einer sehr schwierigen Zeit in den vergange-

nen Jahren einen erstaunlichen Aufbau erlebt hat.

Nach jahrelanger Besetzung, nach großer Not und Entbehrungen hat Österreich wieder seine Freiheit bekommen und in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht geht dieser Aufstieg weiter. Wir sind darüber sehr erfreut und wir wissen sehr gut, daß dieser großartige und wunderbare Erfolg nicht zu denken ist ohne die sáhe Arbeit der Österreichischen Volkspartei, ohne den Weitblick, ohne die Klugheit und die Energie Ihrer führenden Männer und vor allem nicht denkbar ist ohne die Arbeit des auch in Holland sehr verehrten Bundeskanzlers Ing. Julius Raab. (Lebhafter Beifall.)

Wir sehen in dieser Leistung der Österreichischen Volkspartei einen eindrucksvollen Beweis für die Lebenskraft einer christlichen Politik, und wir freuen uns, daß es Ihnen gelungen ist, das Vertrauen des größten Teiles des österreichischen Volkes zu erringen.

Sie gestatten mir bei dieser Gelegenheit, daß ich mit einer gewissen Genugtuung zur größten Partei Österreichs spreche, als Vertreter einer Partei, die in diesem Jahre wiederum bei unseren Gemeinde- und Provinzialwahlen die größte Partei Hollands wurde. (Lebhafter Beifall.) Wir übersehen dabei keineswegs die schwierige Lage, in der sich Österreich als junger neutraler Staat heute im Mittelpunkt Europas befindet, und wir bewundern den Mut und die Aufrichtigkeit, mit der sich Österreich im Rahmen der Neutralität geistig und kulturell zum wirklichen Europa bekannt hat. Österreich bleibt fest mit

der christlichen Tradition des freien Europas verbunden, denn die christliche demokratische Tradition Europas ist zu einem wichtigen Teil das Werk Österreichs, ist also auch österreichische Tradition. Wenn Österreich sich zu diesem freien christlichen Europa bekennt, dann bekennt es sich eigentlich zu sich selbst, und wenn wir Gäste aus dem Ausland zu Ihnen kommen, dann kommen wir in eine geistige Welt, in ein geistiges Klima, das uns gewiß nicht fremd ist. Insofern glauben wir, daß Österreich auch in der Zukunft eine große Aufgabe hat auf europäischem und internationalem Gebiet. Wir hoffen, daß wir auch in der Zukunft zusammen mit unseren Freunden der Österreichischen Volkspartei weiterhin für ein Europa arbeiten können, das seiner christlichen Tradition und seinen hohen sittlichen Zielen treu bleibt. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Bundesparteiohmann Ing. R a a b : Ich danke Ihnen für Ihre liebenswürdigen Worte und erteile das Wort nun Frau Abgeordneter Dr. Conci von der Democrazia Cristiana.



Abgeordnete Dr. C o n c i (Democrazia Cristiana - mit Beifall begrüßt): Hochverehrter Herr Bundeskanzler! Werte Freunde! Vor allem danke ich herzlich für die Einladung zu diesem Parteitag. Es ist für mich nicht nur eine Ehre, sondern auch eine wahre Freude, diesem Parteitag den herzlichsten Gruß meiner Partei und unseres Vorsitzenden Ministerpräsident Fanfani zu überbringen. (Beifall.)

Wenn ich eine persönliche Bemerkung machen darf, so will ich auch hinzufügen, daß es mich besonders freut, in diese Stadt gekommen zu sein, in der mein heute alter Vater vor laugen Jahren Landeshauptmannstellvertreter war, in diese Stadt die für mich und für ihn teure Erinnerungen birgt. (Beifall.)

Wenn ich mich nicht irre, so feiern Sie heute den ersten Parteitag nach dem außerordentlichen Parteitag, den Sie unmittelbar nach Erreichung des Staatsvertrages abgehalten hat. Ich glaube, Sie können alle mit großem Stolz auf diese vergangenen Jahre zurückblicken. Was Sie, Herr Bundeskanzler - es ist Ihr Werk und daher auch das Werk Ihrer Partei -, errungen haben, nachdem Sie mit so großem Mut das Schicksal Ihres Volkes in die Hand genommen haben, davon kann man sich einen Begriff machen, wenn man wie ich nach einer längeren Frist in Ihr Land kommt und die große wirtschaftliche Entwicklung und die wunderbaren technischen Fortschritte sieht, wenn man auch die großartigen sozialen Werke besucht, ich glaube aber vor allem dann, wenn man, wie ich es getan habe, ins Burgenland geht und dort dem schlichten, aber erschütternden Erzähl-

len jener Leute zuhört, die ihr tragisches Erleben berichten. Ja, liebe Freunde, Österreich ist durch Ihre Tat das Bollwerk der Freiheit dem Osten gegenüber geworden.

Herr Bundeskanzler! Sie haben diesen Parteitag als den Parteitag der Grundsätze bezeichnet. Ich glaube, man könnte keine treffendere Bezeichnung finden. Denn auf prinzipieller Basis begründet hat ja jede Tätigkeit, ich möchte sagen, einen ewigen Bestand. Und ich bin tief davon überzeugt, wenn wir, die wir hier sind und die wir alle an dieselben hohen Ideale glauben, an diesen Idealen, an diesen Grundsätzen festhalten, so ist es, mögen wir auch verschiedene Sprachen reden, gar nicht denkbar, daß wir uns nicht verstehen.

Ja, es können Probleme sein, oft schwierige Probleme, die noch einer Lösung harren; ja, es können oft Mißverständnisse, Meinungsverschiedenheiten, vielleicht auch - aber ich glaube, nur vorübergehend - Gegensätze auftreten, doch wenn man guten Willen und das ehrliche Bestreben hat, dann werden alle diese Schwierigkeiten überwunden, alle Mißverständnisse aufgeklärt, alle Probleme gelöst. Ich glaube, die gegenseitigen christlich-menschlichen Beziehungen sichern allen unseren Völkern Wohlstand, Freiheit und Ruhe.

Wenn Sie, Dr. Maleta, gesagt haben, daß wir hier alle verbunden sind im selben Ziel, eine europäische Gemeinschaft zu schaffen im christlich-abendländischen Sinn, so glaube ich: In diesem Bewußtsein können wir alle mit Zuversicht in die Zukunft schauen. Ja, mit Zuversicht! Denn wenn wir so zusam-

menarbeiten, mit diesem Geist, dem wirklich demokratischen Geist, so können wir wohl sicher hoffen, daß wir unseren Ländern Wohlfahrt und Frieden sichern.

Nicht nur persönlich, sondern auch im Namen Fanfanis und meiner ganzen Partei wünsche ich Ihrem Parteitag den besten Erfolg, damit der nächste Wahlkampf, den Sie führen müssen, Ihrer Partei den glänzendsten Sieg zum Wohle Ihres Landes, aber auch zur Wahrung der Sicherheit und des Friedens ganz Europas bringt. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Bundesparteiobermann Ing. R a a b : Sehr geehrte gnädige Frau! Ich danke Ihnen im Namen des Parteitages für Ihre herzlichen, aber auch mutigen Worte.

Zum Wort gelangt der Herr Generalsekretär der Christlich-Konservativen Partei der Schweiz, Herr Dr. Martin Rosenberg.

Dr. Martin Rosenberg (Generalsekretär der Christlich-Konservativen Partei der Schweiz): Hochverehrter Herr Bundeskanzler! Sehr verehrte Freunde! Ich habe die Ehre und vor allem die große Freude, der Österreichischen Volkspartei und durch sie ganz Österreich den herzlichen Gruß der Konservativen Christlich-Sozialen Volkspartei der Schweiz zu überbringen. Es ist ein Gruß, der aus dem Herzen kommt.

Österreich und die Schweiz sind nicht nur gute Nachbarn, sie sind in Freundschaft verbunden. Und was von den beiden Ländern und Staaten gilt, das gilt noch mehr, in einem noch tieferen Sinn von unseren beiden Parteien, der Österreichischen Volkspartei und ihrer schweizerischen Schwesterpartei, die in der Freude der Erfolge verbunden sind und deshalb auch die Sorgen in schweren Tagen teilen wollen. Und beides, Freude und Erfolge, aber auch Sorgen und Rückschläge, gehören zum Leben, auch zum politischen Leben einer Partei. Aber so wie im Leben, so gilt es auch in der Politik immer mutig an die Zukunft zu glauben und sich für diese Zukunft zu schlagen.

Die nahe menschliche Verbundenheit zwischen der Österreichischen Volkspartei und unserer Partei kam mir wieder deutlich ins Bewußtsein, als ich mich für diese Reise nach Innsbruck bereit machte. Von vielen Freunden galt es Grüße zu bestellen, vor allem von unserem Bundesrat Willy Etti, dessen bevorzugtes Jagdgebiet euer Österreich ist (Beifall) und der deshalb als Politiker den großen Vorzug hat, daß er seine Böcke in

Ausland schießt. (Lebhafte Heiterkeit.) Als ich ihn fragte, ob ich Herrn Bundeskanzler Raab Grüße bestellen soll, lautete seine spontane Antwort: "Natürlich, recht herzliche, aber auch Grüße an Figl, Graf, Drimmel, Hurdes, Kolb und an alle, die Schulter an Schulter für unsere gemeinsame Sache kämpfen."

Es geht um eine gemeinsame Sache, dessen müssen Sie sich erneut bewußt werden, das ist, wie ich glaube, auch eine Aufgabe dieses Parteitages. Unsere gemeinsame Sache heißt: christliche Politik zur Rettung des Abendlandes! Das ist kein Schlagwort, sondern eine Realität. Ohne die christlich-demokratischen Parteien in den verschiedenen europäischen Staaten, die nach dem Grauen und dem Zusammenbruch des Krieges den einzig haltbaren Damm gegen die bolschewistische Sturmflut errichteten, gehörte das Abendland heute der Vergangenheit an.

Heute aber darf hier auf dem 7. Parteitag der ÖVP mit tiefer Genugtuung daran erinnert werden, daß diese europäische Erneuerung im Zeichen der christlichen Demokratie von Österreich ausgegangen ist. Das Werden und Wachsen der christlichen Parteien aus dem Nichts, jener Parteien, die heute die neue und zentrale politische Kraft in Europa darstellen, begann mit den ersten Nachkriegswahlen in Österreich, den Novemberwahlen 1945. Wer hätte damals der ÖVP auch nur die Chance eingeräumt, stärkste Partei zu werden und zu bleiben? Und heute? Ist es nicht merkwürdig, was wir heute in unseren Ländern erleben? Heute wollen alle Parteien auch christliche Parteien sein. (Lebhafte Zustimmung.) Und zwar nicht, um wirklich christliche



Politik aus dem christlichen Glauben zu treiben, sondern um den christlich-demokratischen Parteien die Wählerbasis für ihre Wirksamkeit zu entreißen.

Keiner, der diese Taktik durchschaut - und sie ist leicht zu durchschauen -, wird sich beirren oder einlullen lassen. Entscheidend sind nicht leere Deklamationen, sondern Taten. Wären nach 1945 nicht christlich-demokratische Parteien zu Wächtern der europäischen Freiheit geworden, so wäre heute eine Diskussion über das Verhältnis von Religion und Politik nicht mehr möglich. Das gilt im besonderen auch für Österreich.

Deshalb darf die Österreichische Volkspartei mit Stolz auf ihr Werk zurückblicken und mutig und entschlossen den Weg in die Zukunft gehen. Sie hat Österreich die Freiheit bewahrt und seiner Geschichte die Treue gehalten. Die Österreichische Volkspartei darf heute deshalb die Treue fordern, weil sie die Treue durch ihre Leistungen und Taten verdient hat.

In diesem Sinne, sehr verehrte Freunde, einen herzlichen Gruß aus der Schweiz mit der Formel, der offiziellen Grußformel: Wir empfehlen euch samt uns dem Schutze Gottes. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Bundesparteivorsitzender Ing. R a a b : Ich danke Ihnen herzlich, Herr Generalsekretär, für Ihre Worte.

Zum Wort gelangt nun der Landtagspräsident von Südtirol, Dr. Magnago. (Stürmischer Beifall.)

Landtagspräsident Dr. M a g n a g o (Südtiroler Volkspartei): Sehr verehrter Herr Bundeskanzler, verehrte Anwesende! Sie können sich denken, welche Gefühle mich bewegen, wenn ich dem heutigen Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei in der Hauptstadt Tirols die Grüße des Tirol, südlich des Brenners überbringe, die Grüße eines Landes, das über 500 Jahre politisch zu Österreich gehörte und das vor 40 Jahren gegen den Willen seiner Bevölkerung vom österreichischen Mutterlande, mit dem es sich aufs engste verbunden fühlt, losgetrennt wurde.

Als Obmann der Südtiroler Volkspartei darf ich nämlich mit einem gewissen Stolz unterstreichen, daß mein Grußwort nicht bloß im Namen einer Partei im üblichen Sinne des Wortes, sondern im Namen des ganzen Südtiroler Volkes entboten wird. (Lebhafter Beifall.) Hinter und in unserer christlichen Partei steht, wie wir oftmals zur Genüge bewiesen haben, das Südtiroler Volk als solches, ohne Unterschied der wirtschaftlichen, sozialen und sonstigen Interessen, die anderswo zu einer Vielfalt von politischen Parteien führten.

Südtirol ist wohl das einzige Gebiet, wo sich das ganze Volk in einer christlichen Partei zusammengeschlossen hat und von ihr vertreten werden darf. So erfreulich diese Tatsache vom christlichen Standpunkt aus ist, zeigt sie andererseits aber auch, wie schwerer Druck auf diesem Lande lasten muß, daß alle, oft auch so berechnete Gegensätzlichkeiten wirtschaftlicher und sozialer Natur zurückgestellt werden hinter das Wohl

der Allgemeinheit. Diese einmalige und oft falsch ausgedeutete politische Geschlossenheit beweist am klarsten, daß unser Volk wirklich mit ganzer Kraft nicht um die Lösung von Einzelfragen des Lebens, sondern um das Leben selbst, um den Fortbestand als Volk ringen muß.

Vielleicht darf ich bei dieser Gelegenheit als Obmann einer kleinen christlichen Partei vor so vielen illustren Vertretern der großen christlichen Parteien des freien Europa an Sie einen warmen Appell in dem Sinne richten, Sie möchten sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, daß allen europäischen Minderheiten, allen vom Muttervolk abgetrennten Volksgruppen ein Leben "frei von Furcht" beschieden werde. Dies könnte geschehen durch die Schaffung eines Volksgruppenrechtes auf europäischer Ebene.

Ich darf daran erinnern, daß die Beratende Versammlung des Europarates in Strassburg am 30. Oktober 1957 einstimmig eine EntschlieÙung faÙte, in welcher es heiÙt, es sei "wünschenswert, und zwar sowohl vom menschlichen Standpunkt als auch zur Förderung der guten Beziehungen zwischen den Staaten, daß die Befriedigung der kollektiven Interessen der nationalen Minderheit als solcher sichergestellt wird und dies in weitestgehendem AusmaÙ, das mit der Wahrung der wesenhaften Belange des Staates, zu denen sie gehören, vereinbar ist". Diese EntschlieÙung gesteht den Minderheiten Rechte zu, die weit über eine Verwaltungsautonomie hinausgehen, wie wir Südtiroler sie für unser Land fordern und in Zukunft mit immer größerem Nachdruck fordern werden. Ich darf Ihnen diesbezüglich mittei-



len, daß die Leitung der Südtiroler Volkspartei in ihrer Sitzung vom vergangenen Montag einen neuen Gesetzesentwurf über die Landesautonomie für Südtirol allein, der geeignet ist, den Zweck, welchen sich die Vertragspartner Österreich und Italien bei Abschluß des Pariser Vertrages im Jahre 1946 vorgenommen hatten, zu erfüllen, genehmigt und ihre Abgeordneten ersucht hat, denselben unverzüglich in beiden Häusern des Parlamentes einzubringen.

Erinnern möchte ich in diesem Zusammenhang auch noch an die Grundsatzklärung, welche die Christlichsoziale Partei Belgiens vor den letzten Wahlen zugunsten der deutschsprachigen Staatsbürger in den Ostkantonen erlassen hat. In dieser Erklärung sind schon alle Kernpunkte für die Schaffung eines europäischen Volksgruppenrechtes enthalten.

Wäre es nicht vornehmste Aufgabe gerade der christlichen Parteien Europas, daß die Resolution des Europarates verwirklicht und schnellstens ein solches Volksgruppenrecht geschaffen würde, das für jedes Land und jede Minderheit gültig sein müßte, gleichgültig welchem Muttervolk diese immer angehört? Damit wäre sicher nicht der unwichtigste Eckstein für den Bau des neuen Europa gelegt, für dessen Werden wir Christen die Hauptverantwortung tragen vor den kommenden Geschlechtern unseres alten Kontinents.

Der Nationalstaatsgedanke hat Europa zerstört. Der Weg von einer bösen Vergangenheit in eine bessere Zukunft setzt voraus, daß die europäischen Minderheiten nicht mehr den Sprengstoff, sondern den Kitt der europäischen Völker, der neuen

europäischen Völkergemeinschaft seien. (Beifall.)

Wir Südtiroler sind immer bereit, für europäische Lösungen unseren Beitrag zu leisten. Wir wollen auch Ruhe und Frieden, zusammenleben und zusammenarbeiten, wir wollen aber nicht den Frieden des Todes für unser Volk, dem der Herrgott den vielleicht schönsten Platz im ganzen deutschen Sprachraum zugewiesen hat.

Bei all unserer Arbeit werden wir uns von dem Bewußtsein leiten lassen, daß wir unsere Wege und unsere Ziele vor dem Herrgott und vor unserem Volk verantworten können, daß unsere Wege die europäischer Christen sein müssen, die von niemandem Unrechtes verlangen, die aber auch fest entschlossen sind, als Volk unter den europäischen Völkern weiterhin zu bestehen. Und in unseren Nöten wird uns die Gewissheit Kraft und Stärke geben, daß die Österreichische Volkspartei und das ganze Volk von Österreich hinter Südtirol und seiner gerechten Sache steht. (Beifall.)

Ich kann Ihnen auch versichern, daß ganz Südtirol am Schicksal und an der Entwicklung Österreichs aufrichtigst Anteil nimmt und daß Ihre Sorgen und Bestrebungen auch die unseren sind. In diesem brüderlichen Sinne entbiete ich dem Parteitag die besten Glückwünsche für einen erfolgreichen Verlauf. (Anhaltender lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Bundesparteiobmann Ing. R a a b : Sehr geehrter Herr Präsident! Ich danke Ihnen für Ihre Begrüßungsworte und kann Ihnen versichern, daß die Österreichische Volkspartei und damit auch Österreich hinter Ihrer gerechten Sache stehen und sie voll und ganz unterstützen wird. (Starker Beifall.)

Zum Worte gelangt von der Union der christlich-demokratischen Parteien Zentraleuropas Herr Minister a.D. Dr. Adolf Prochaska.

Minister a.D. Dr. Adolf Prochaska (Christlich demokratische Union Zentraleuropas): Hochverehrter Herr Bundeskanzler! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen, Herr Bundeskanzler, und Herrn Generalsekretär Dr. Maleta für die Liebenswürdigkeit, uns, die Vertreter der Christlich-demokratischen Union Zentraleuropas, zu dem 7. Bundesparteitage der Österreichischen Volkspartei eingeladen und uns dadurch eine wertvolle Gelegenheit gegeben zu haben uns mit der Arbeit der Österreichischen Volkspartei näher bekanntzumachen.

Ihre gütige Einladung ist für uns eine große Ehre, und ihr Folge zu leisten, eine aufrichtige Freude. Denn wir sind aus Nachbarländern Österreichs, und hier in Innsbruck zu weilen, bedeutet für uns, daß wir wieder dieselbe Atmosphäre atmen, wie die unserer uns jetzt verschlossenen Heimat. (Lebhafter Beifall.) Kurz gesagt, wir fühlen uns hier wie zuhause

denn wir alle, Sie und wir, sind doch durch dieselbe Zivilisation und Kultur<sub>x</sub> und durch eine lange gemeinsame Geschichte verbunden.

Es hätte mich nicht befriedigt, Ihnen einfach zu sagen, daß ich Ihren Bundesparteitag im Namen unserer Union begrüße und Ihren Verhandlungen vollen Erfolg wünsche. Ich möchte Ihnen gerne viel mehr sagen. An erster Stelle wollen wir, die Vertreter der Christlich-demokratischen Union Zentraleuropas, betonen, welche aufrichtige Freude wir empfinden, daß Österreich nach der Katastrophe des zweiten Weltkrieges zwischenstaatlich frei und innerstaatlich demokratisch geblieben ist und dadurch zur Schaffung des modernen Europa und zur Stärkung der freien Welt beitragen kann. Diese so günstige Lage Österreichs wurde zustandegebracht nicht nur durch eine glückliche zwischenstaatliche Entwicklung, sondern vor allem durch die richtige ideologische Orientierung der tapferen österreichischen Bevölkerung, die von der Österreichischen Volkspartei mit staatsmännischer Weisheit geführt wird.

Die Tatsache, daß Österreich als einziger Teil der früheren Monarchie dem kommunistischen Drang nach Westen widerstehen konnte und jetzt an der Grenze der freien Welt liegt, könnte gewiß Anlaß zu manchen weltpolitischen Erwägungen geben. Aber meine heutige Begrüßungsrede wäre dazu nicht die passendste Gelegenheit. Nichtsdestoweniger halte ich es für richtig, meiner Begrüßung wenigstens eine ganz generelle Bemerkung beizufügen.



Österreich ist ein Teil Zentraleuropas und die österreichischen Herrscher und Staatsmänner, sowie die der Nachbarstaaten, haben schon im tiefen Mittelalter und später, die ganze Neuzeit hindurch, den Gedanken vertreten, daß sich die zwischen dem Baltischen, dem Schwarzen und dem Adriatischen Meer lebenden kleineren Völker in einen engeren politischen Bund zusammenschließen sollen. Dieser Gedanke hat in der Geschichte verschiedene Formulierungen und zum Teil Verwirklichung gefunden, ist zwar auch oft gescheitert, wurde aber niemals aufgegeben. Er lebt, da er logisch ist. Durch die tragischen Erfahrungen dieses Jahrhunderts konnte er somit im Bewußtsein der beteiligten Völker nur an der Stärke gewinnen.

Es ist Aufgabe der Christlich-Demokraten der ganzen Welt, an der Verwirklichung des Gedankens eines organisierten Europas mitzuarbeiten. Das organisierte Zentraleuropa ist ein wichtiger Beitrag dazu. Die jetzige internationale Lage und die diesem Plan im Wege stehenden großen Hindernisse dürfen uns nicht abschrecken, dürfen nicht unseren Willen und unsere Entschlossenheit lähmen. Im Gegenteil! Man kann realistisch erwarten, daß die hochzivilisierten Völker Zentraleuropas wieder frei über die Gestalt ihres Lebensraumes entscheiden werden, und das österreichische Vorbild könnte sich erweisen als eine glückliche internationale Lösung der zentraleuropäischen Problematik. Ich hoffe und bin davon überzeugt, daß diese Völker sich einmal frei für eine enge, organisierte Zusammenarbeit aussprechen werden, die zugleich eine feste Eingliederung in das freie und vereinigte Europa verbürgen wird.

Dieser europäischen und zentraleuropäischen Vereinigung muß jeder real und konstruktiv eingestellte Staatsmann beipflichten. Sie lösen die europäischen nationalen Probleme und tragen zum nötigen Gleichgewicht in der Welt bei. Sie stellen eine Zentralisierung dar, die aber dem Frieden, der Freiheit und dem Gedeihen der europäischen Bevölkerung dienen.

Ich schließe meinen Gruß mit europäischem Optimismus und dem aufrichtigen Wunsch, Österreich und die Österreichische Volkspartei mögen sich an der Schaffung des neuen glücklichen Europa mit vollem Erfolg beteiligen. Ich danke Ihnen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Bundesparteiobermann Ing. R a a b : Sehr geehrter Herr Minister! Wir danken Ihnen herzlich für Ihre Ausführungen. Wir sehen die Oktober- und Novembertage des Jahres 1918 nicht als Freudentage an, sondern als die Tage des Beginnes des schrecklichen Schicksals Europas im 20. Jahrhundert. (Lebhafter Beifall.) Wenn heute diese Völker, die sich damals in einem Kerkerstaat fühlten, zu uns kommen und dem Namen Österreich wieder Ehre zuteil werden lassen, so ist das der Beweis, daß wir in den vergangenen Zeiten die richtige Politik gemacht haben, und wir wollen auch heute als Staat der Freiheit und der Unabhängigkeit in jeder Weise für die Zukunft Europas arbeiten. (Beifall.)

3. Beschlußfassung über die Geschäftsordnung des  
Bundesparteitages

Vorsitzender Bundesparteiohmann Ing. R a a b : Meine sehr geehrten Frauen und Herren! Die gedruckte Tagesordnung für den Bundesparteitag ist in Ihren Händen. Sie bedarf Ihrer Genehmigung. Wünscht jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Somit ist die Tagesordnung genehmigt.

Es obliegt uns nun, die Geschäftsordnung des Bundesparteitages zu beschließen. Wir haben Ihnen keine neue Geschäftsordnung vorgelegt. Was Sie in der Tagungsmappe finden, ist die alte, bewährte Geschäftsordnung der früheren Parteitage. Ich beantrage, sie auch für diesen Parteitag zu beschließen. Wünscht jemand das Wort hiezuh? - Auch das ist nicht der Fall. Eine formelle Abstimmung kann daher entfallen. Die Geschäftsordnung ist hiemit formell genehmigt.

Es ist auf unseren Parteitagen üblich, die Führung des Vorsitzes einem Tagungspräsidium zu überlassen, das aus den Landesparteiobmännern, der Bundesleiterin der Frauenbewegung und dem Bundesjugendführer besteht. Ich bitte Herrn Generalsekretär Scheidl, die Namen der Mitglieder des Tagungspräsidiums zu verlesen.

Generalsekretär S c h e i d l : In das Tagungspräsidium sollen berufen werden die Landesparteiobmänner des Burgenlandes, Landtagspräsident Dr. Lorenz Karall; von Kärnten, Präsident Ökonomierat Hermann Gruber; von Niederösterreich,

Präsident Ökonomierat Hans Sassmann; von Oberösterreich, Landeshauptmann Dr. Heinrich Gleissner; von Salzburg, Landeshauptmann Dr. Josef Klaus; von Steiermark, Präsident des Nationalrates Dr. Alfons Gorbach; von Tirol, Landesrat Dr. Aloys Oberhammer; von Vorarlberg, Landeshauptmann Ulrich Ilg; von Wien, Vizebürgermeister Minister a.D. Lois Weinberger; von der Österreichischen Frauenbewegung die Bundesleiterin, Nationalrat Lola Solar, und von der Österreichischen Jugendbewegung Oberregierungsrat Karl Haider.

Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.

Vorsitzender Bundesparteiohmann Ing. R a a b : Erfolgt ein Gegenvorschlag? - Wird eine namentliche Abstimmung über das Tagungspräsidium gefordert? - Auch nicht der Fall. Ich darf daher die Wahl des Tagungspräsidiums beziehungsweise seiner einzelnen Mitglieder als erfolgt feststellen.

Wir haben noch die Schriftführer zu wählen. Ich bitte, den Vorschlag des Parteivorstandes zu verlesen.

Generalsekretär S c h e i d l : Als Schriftführer sollen berufen werden: Herr Bundesrat a.D. Leopold Jochberger, Vizepräsident Landwirtschaftskammerrat Nationalrat Dipl.-Ing. Pius Fink und Herr Nationalrat Otto Mitterer.

Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.



Vorsitzender Bundesparteiohmann Ing. R a a b : Erfolgt dazu ein Gegenvorschlag? - (Generalsekretär Ing. Rudolf Harramach: Bundesrat Jochberger ist erkrankt und konnte daher nicht erscheinen!)

Vorsitzender Bundesparteiohmann Ing. R a a b : Na, dann übernehmen eben Sie dieses schöne Amt. (Heiterkeit.) Es erfolgt kein anderer Gegenvorschlag, die Schriftführer sind hie- mit gewählt.

Ich bitte nun die Mitglieder des Tagungspräsidiums, sich auf die Tribüne zu begeben, und übergebe den Vorsitz dem Herrn Landesparteiohmann von Salzburg, Landeshauptmann Klaus.

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. K l a u s : Herr Bundes- kanzler! Hoher Parteitag! Ich übernehme den Vorsitz und ver- sichere im eigenen sowie im Namen des Präsidiums, die Ge- schäftsordnung loyal zu handhaben und den Vorsitz objektiv zu führen.

Ich appelliere an die Delegierten, wohlgewahrte Disziplin zu üben, indem sie die Geschäftsordnung und die Redezeit genau einhalten und damit zu einem harmonischen Verlauf des Partei- tages beitragen.

Ich darf in diesem Augenblick noch einen lieben Gast, der soeben eingetroffen ist, herzlich auf unserem Bundesparteitag begrüßen . Es ist dies der Vizepräsident des Deutschen Bundes- tages, Herr Dr. Richard Jäger. (Beifall.)

Ich darf Sie, Herr Vizepräsident, bitten, an den Bundesparteitag einige Worte zu richten.

Dr. Richard J ä g e r (Vizepräsident des Deutschen Bundestages): Herr Tagungspräsident! Herr Bundeskanzler! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine lieben Freunde von der Österreichischen Volkspartei! Der Landesvorsitzende der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Herr Ministerpräsident Dr. Hans Seidl, hat mich beauftragt, Ihnen hier seine Grüße zu übermitteln. Er bedauert sehr, daß es ihm nicht möglich ist, hier in Ihrer Mitte zu sein, wie er es sonst gerne getan hätte. Aber der Grund, daß er nicht kommen konnte, ist ja, so bedauerlich sein Fernbleiben ist, ein sehr erfreulicher: es ist der Wahlsieg der Christlich-Sozialen Union und damit die Verantwortung, die ihm als dem Landesvorsitzenden zugefallen ist, nunmehr die Regierung bei uns in Bayern zu bilden. (Lebhafter Beifall.)

Es ist, wie Sie ja aus eigener Erfahrung von Ihren Nationalratswahlen wissen, ein recht angenehmes Gefühl, eine Wahl-schlacht als Sieger zu verlassen, und in diesem Zusammenhang darf ich Ihrem Generalsekretär, dem Herrn Kollegen Dr. Maleta, für sein freundliches Glückwunschtelegramm, das er an die CDU gerichtet hat, auch an dieser Stelle im Namen des Herrn Ministerpräsidenten und im Namen der Christlich-Sozialen Union danken.

Meine Damen und Herren! Die Wahlen, die wir in Bayern durchzuführen hatten, waren nicht ganz so einfach, wie bei den

Bundestagswahlen, die zwar auch nicht einfach sind, aber doch im Sog der großen Bundespräsidentenwahl durchgekämpft werden. Aber wir haben uns nach harten Kämpfen so behauptet, daß keine Regierung gegen die Christlich-Soziale Union gebildet werden kann. Vor vier Jahren haben sich alle übrigen Parteien des Landes gegen uns, obwohl wir auch damals die stärksten waren, verbündet. Heute, wo wir nahezu die Hälfte der Mandate stellen, möchten alle miteinander liebend gern mit uns regieren. Wir haben also die Wahl zwischen den im übrigen etwas unansehnlich gewordenen Töchtern des Landes.

Nun, meine Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen, daß Sie bei den Wahlen, die Sie im nächsten Jahr hier in Österreich haben, den gleichen Erfolg haben werden und auch überall die Führung im Lande übernehmen können. Ich glaube, wir stehen in Österreich, in Bayern und in Deutschland parteipolitisch doch in einer sehr ähnlichen Situation. Wir sind fest gegründet um einen Kern, der weltanschaulich zusammengehört, aber dieser Kern verfügt in keinem der beiden Länder von vornherein über die absolute Mehrheit, sondern diese Mehrheit müssen wir uns immer erkämpfen mit unseren Argumenten, mit unseren Reden und mit unseren Leistungen - und auch in beiden Ländern mit den Persönlichkeiten, die wir, in Wien und in Bonn, als Kanzler herausgestellt haben, und ich glaube, die Bundeskanzler Raab und Adenauer haben sich nicht nur in diesen beiden Ländern, sondern weit darüber hinaus den Ruf als führende und gute Europäer erworben. (Lebhafte Zustimmung.) Ich

hoffe, daß das Volk in Österreich wie in Deutschland das auch in Zukunft bei den Wahlen immer wieder anerkennen wird.

Wenn wir mit unserer Leistung hier und drüben den Erfolg so oft an unsere Fahnen heften konnten, dann lag es letztlich doch daran, daß wir gemeinsam eine Politik aus christlicher Verantwortung getrieben haben, und nicht umsonst hat die CDU auf ihrem letzten, dem Wahlkampf vorausgegangenen Parteitag in Würzburg ihren Blick gerade auf dieses Ursprüngliche, auf den Ursprung der Union, also auf die christliche Verantwortung der Männer und Frauen gerichtet, die sich in ihrer unmittelbar nach der größten Katastrophe, die Mitteleuropa heimgesucht hat, zusammengefunden haben. Die Erinnerung an diese letzte Kraft wird uns auch immer wieder befähigen, den großen Aufgaben entgegenzugehen, die auf uns warten und die hier wie dort sicherlich für die Zukunft noch bedeutungsvoller und verantwortungsvoller sein werden als in der Vergangenheit.

In diesem Sinne wünsche ich Ihrem Parteitag viel Kraft und viel Erfolg, weil der Erfolg, den Sie hier in Innsbruck haben werden, sich im nächsten Jahr in der Politik Ihres Landes und damit aber auch in der gesamten christlichen Politik Europas auswirken wird. Ich danke. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. K l a u s : Herr Vizepräsident! Ich danke Ihnen für Ihre freundschaftlichen in gut nachbarlichem Geist gesprochenen Worte. Ich freue mich, daß Sie nach Innsbruck gekommen sind, Sie, der Sie vor wenigen Wochen einen halben Tag einen erfolgreichen Wahlkampf unterbrochen und diesen halben Tag bei uns in Salzburg verbracht haben, wo wir Sie gebeten haben, auch nach Innsbruck zu kommen.

5. Bestätigung der Zusammensetzung

a) der Wahlausschüsse

b) der Mandats- und Antragsprüfungskommission

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. K l a u s : Meine Damen und Herren! Wir haben zunächst einige geschäftsordnungsmäßige Aufgaben zu erfüllen, nämlich die Wahlen der verschiedenen Kommissionen vorzunehmen. Die Zusammensetzung der Mandatsprüfungskommission, der Antragsprüfungskommission und der Wahlausschüsse liegt in Ihren Mappen. Wird ihre Verlesung verlangt? - Das ist nicht der Fall. Werden Abänderungsanträge gestellt?

Landespartei sekretär N a u m a n n : Ich teile mit, daß der Geschäftsführende Landesobmann, Herr Landesrat Sprenger, in letzter Minute verhindert wurde. Ich bitte, an seiner Stelle den Organisationsreferenten von Vorarlberg Stohs in die Antragsprüfungskommission aufzunehmen.



Vorsitzender Landeshauptmann Dr. K l a u s : Besteht dagegen ein Einwand? - Nicht der Fall. Genehmigt.

Landesrat L e n t s c h : Ich bitte, in der Antragsprüfungskommission Bezirksobmann Fischer an Stelle des Landtagsabgeordneten Dr. Grohotolsky und Abel statt Landtagsabgeordneten Nikles zu nehmen.

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. K l a u s : Wird dagegen ein Einwand erhoben? - Es ist nicht der Fall. Genehmigt. Ich bitte, die entsprechenden Abänderungen vorzunehmen.

Wird eine Abstimmung über die einzelnen Kommissionen gefordert? - Das ist nicht der Fall. Ich darf daher verkünden, daß die Antragsprüfungskommission, die Mandatsprüfungskommission und die Wahlausschüsse <sup>als</sup> gewählt erscheinen.

Die Bundesparteileitung hat von dem in der Geschäftsordnung des Bundesparteitages vorgesehenen Recht, vorbereitende Ausschüsse mit einzelnen Problemen des Parteitages zu beschäftigen, Gebrauch gemacht. 29 Unterausschüsse und 4 Hauptausschüsse haben in wochenlangen Verhandlungen das notwendige Unterlagenmaterial zusammengetragen. Es wird daher kaum notwendig sein, daß einzelne Gegenstände des Parteitages in Ausschüssen behandelt werden. Um aber für alle Möglichkeiten vorgesehen zu haben, beantrage ich, die vorbereitenden Ausschüsse zu Ausschüssen des Bundesparteitages zu erklären. Ihre Zusammensetzung ist aus den in den Mappen befindlichen Verzeichnissen ersichtlich. Falls kein Widerspruch erfolgt - das

ist nicht der Fall -, erkläre ich die Ausschüsse in dieser Zusammensetzung als gewählt. Sie werden während des Parteitages nur dann zusammentreten, wenn sie vom Parteitag ausdrücklich zur Behandlung einer besonderen Frage einberufen werden. Der betreffende Vorsitzende wird dies in jedem Einzelfall verkünden.

Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission sowie der Antragsprüfungskommission treten um 14 Uhr zur Abwicklung ihrer Geschäfte zusammen. Die Lokale für die Kommissionen werden am Schluß der Vormittagssitzung noch bekanntgegeben werden.

#### 6a Referate der Obmänner der Bünde

##### Der Österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. K l a u s : Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zum Referat über den Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund. Ich ersuche seinen Bundesobmann Vizebürgermeister Weinberger, das Wort zu ergreifen.

Referent Vizebürgermeister Minister a.D. Lois W e i n - b e r g e r : Delegierte des Bundesparteitages! Meine verehrten Männer und Frauen! Am 1. Mai 1958 hat unser Bundesparteiobmann Bundeskanzler Ing. Julius Raab bei einer großen Kundgebung der Wiener Volkspartei im großen Saale des Konzerthauses wörtlich erklärt:

"Der Österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund ist ein Kernstück unserer Volksbewegung, und es freut mich daher ganz besonders, daß ich den heutigen Tag mit Ihnen feiern kann. Ich sage nicht zuviel, wenn ich feststelle, daß mit dem Blühen und Gedeihen des ÖAAB sich das Schicksal Österreichs für die Zukunft entscheiden wird. Wenn es dem ÖAAB gelingt, nach den schönen Erfolgen, die er bereits erzielt hat, noch weiter in die Arbeitnehmerkreise einzudringen, dann ist ein freies und demokratisches Staatswesen unter einer vernünftigen, den wirtschaftlichen Gegebenheiten Rechnung tragenden Regierung gesichert. Ich verfolge daher Ihre Aktivität mit besonderer Aufmerksamkeit. Erlahmen Sie nicht in Ihren Bestrebungen im Interesse unseres Vaterlandes. Wir sind es, die die Fahne Rot-Weiß-Rot hochhalten müssen."

Wir haben diese Erklärung unseres Bundesparteiobmannes als eine große, außerordentliche Anerkennung entgegengenommen und uns sehr darüber gefreut. Sie war, ist und bleibt für uns alle aber auch eine ebenso große und ernste Verpflichtung.

Ich möchte Ihnen, meine Frauen und Herren des Bundesparteitages, nun zunächst mit einigen trockenen Zahlen sagen, wie es mit dem ÖAAB zurzeit steht. Vorausschicken darf ich, daß wir uns seit jeher nicht nur als Bund und damit als Teil der großen Volkspartei gefühlt haben, sondern immer auch als Träger der christlichsozialen Arbeiter- und damit Reformbewegung Österreichs.

Wenn ich Ihnen nun mitteile, wie sich dieser Bund seit dem Jahre 1945 entwickelt hat, dann werden Sie erkennen, daß nicht



nur der ÖAAB und alle seine Mitglieder und Freunde mit dieser Entwicklung zufrieden sein dürfen, sondern ebenso sehr auch die gesamte Österreichische Volkspartei. Ich bin auch davon überzeugt, daß sich alle jene Männer, die vor uns die Verantwortung für die christliche Arbeiterbewegung in Österreich getragen haben, sehr über diese Entwicklung und diesen großen Fortschritt, den wir in den letzten Jahren erreichen konnten, freuen würden; ganz besonders unser unvergeßlicher und unvergessener Leopold Kunschak, aber ebenso auch der Generalsekretär der seinerzeitigen Christlichen Gewerkschaften und österreichische Märtyrer Johann Staud, Prälat Dr. Karl Drexel, Dr. Franz Hemala, Matthias Allinger, Franz Spalovsky, Heitzinger und wie sie alle heißen mögen, die vor uns in der Zentrale und in den einzelnen Ländern und Gruppen unserer Bewegung tätig gewesen sind.

Während in den früheren Zeiten der Mitgliederstand unserer Bewegung relativ doch bescheiden gewesen ist, können wir nun mit Stolz darauf hinweisen, daß wir allein in unserem ÖAAB, also der politisch ausgerichteten Gruppe der Christlichen Arbeiterschaft Österreichs, rund 200.000 organisierte Mitglieder zählen. Meine Damen und Herren! 200.000, das spricht sich sehr einfach aus, das bedeutet aber das Doppelte dessen, was in den besten Zeiten erreicht wurde, das heißt aber auch ein rundes Drittel der organisierten Mitgliedschaft der ganzen SPÖ in Österreich. Wenn man diese Vergleiche anstellt, dann erst bekommt auch diese Zahl ein wesentliches inneres Gewicht.

Die stärkste Gruppe aus der Mitgliedschaft stellt der öffentliche Dienst mit zusammen 77.733 Mitgliedern. Zu ihm gehören die Beamten des Bundes und der Länder, die Verkehrsbediensteten, die Post- und Telegraphenbediensteten, die Gemeindebediensteten und die Lehrerschaft. Letztere ist nach den Beamten die stärkste aus dieser großen Gruppe unserer Bewegung. Die zweitstärkste aber ist - und das möchte ich mit ganz besonderer Freude feststellen - die der manuellen Arbeiterschaft. Es ist hoch erfreulich, daß sie bereits den zweiten Platz mit zusammen 54.285 Mitgliedern inne hat und daß es möglich war, in relativ kurzer Zeit so bedeutende Gruppen der manuellen Arbeiterschaft innerhalb des ÖAAB politisch zu organisieren. Die stärkste Gruppe davon stellen die Bau- und Holzarbeiter mit rund 14.000 Mitgliedern, dann folgen die Metall- und Bergarbeiter mit 10.780 Mitgliedern, dann kommen die Land- und Forstarbeiter mit rund 8.000 Mitgliedern, dann die Gruppe, die den persönlichen Dienstleistungen zugesöhlt wird, mit 4.379 Mitgliedern, die Textilarbeiter mit fast 4.000 Mitgliedern und nicht als letzte die Lebens- und Genussmittelarbeiter mit 3.363.

Eine sehr starke Gruppe von politisch organisierten Bediensteten gehört noch zusätzlich der Kameradschaft der Exekutive Österreichs an und zählt dort außer der beim ÖAAB direkt organisierten Mitgliedschaft noch rund 11.000 Männer und Frauen.

Auch die große Anzahl von Mitgliedern aus der Land- und Forstwirtschaft ist sehr beachtlich. Mit Hilfe dieser Gruppe

war es möglich, die Landarbeiter zu einem großen Teil innerhalb unserer Bewegung zu organisieren und auch die Landarbeiterkammern unter die Führung von Männern des ÖAAB zu bringen.

Ich bin stolz darauf, heute verkünden zu können, daß der gesamte Mitgliederstand des ÖAAB mit den Mitgliedern aus den Zweckverbänden fast genau 200.000 beträgt. Ich glaube, daß darin auch schon ein Beweis für die tapfere und mutige, aber auch erfolgreiche Arbeit aller unserer Vertrauensmänner und -frauen gelegen ist.

Zu diesen Zahlen kommen noch einige andere, die ebenfalls interessant sind und vom Leben innerhalb des ÖAAB Zeugnis ablegen. Die Aufteilung nach den einzelnen Landesgruppen stellt Niederösterreich mit fast 59.000 Mitgliedern an die Spitze, dann folgt Wien mit rund 48.000 Mitgliedern, die Steiermark mit 24.000 Mitgliedern und dann Oberösterreich mit über 22.000 Mitgliedern. Unser Bund zählt 1.500 Ortsgruppen, 143 Bezirksgruppen, 57 Hauptbezirksgruppen und 454 Stützpunkte.

Besonders erfreulich und auch wichtig sind die Fortschritte innerhalb der Betriebe. Es ist klar, daß jede Organisation der Arbeiterschaft vor allem in den Betrieben erfolgen muß und daß auch die politische Aktivität dann am besten gesichert ist, wenn sie von den Betrieben ausgeht und in den Betrieben direkt zur Geltung kommt. Ich kann Ihnen mitteilen, daß wir nun schon rund 1.000 Betriebsgruppen organisiert haben. Auch hier führt Niederösterreich mit 319, dann folgt Wien mit 221, die Steiermark mit 202 und Oberösterreich mit 112.

Sehr erfreulich ist auch die Verstärkung des Einflusses

des ÖAAB und damit der gesamten Arbeiterbewegung in der Bundesregierung, in den Landesregierungen, in den Städten und Gemeinden, aber auch in vielen anderen bedeutsamen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, wie in den Arbeiterkammern, in der Sozialversicherung und nicht zuletzt auch in dem besonders wichtigen Bereich der Staatswirtschaft und der verstaatlichten Wirtschaft.

Wir stellen in der Bundesregierung zwei Bundesminister mit außerordentlich großen und wichtigen Ressorts und einen Staatssekretär ebenfalls in einem sehr wichtigen Ministerium. Wir sind stolz darauf, daß diese beiden Kollegen nicht nur ihr besonderes Ressort bestens verwalten, sondern daß es ihnen gelungen ist, auch innerhalb der Gesamtregierung und bei der österreichischen Bevölkerung eine sehr geachtete Stellung einzunehmen.

Wir stellen einen Landtagspräsidenten in Salzburg und drei weitere zweite oder dritte Landtagspräsidenten in Wien, Niederösterreich und Vorarlberg. Neun ÖAAB-Mitglieder gehören außerdem den Landesregierungen von Wien, Niederösterreich, Steiermark, Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg und Burgenland an, zwei davon sind Landeshauptmannstellvertreter.

Der ÖAAB konnte 30 Mitglieder in den Nationalrat entsenden. Sie verteilen sich auf Wien mit 8, auf Niederösterreich mit 6, Oberösterreich mit 5, Salzburg mit 1, Tirol mit 2, Vorarlberg mit 1, die Steiermark mit 4, Kärnten mit 2 und das Burgenland mit einem Mitglied. Auch im Bundesrat haben wir 8 Männer des ÖAAB. Hier stellt Wien 2 und die Länder Burgenland, Kärnten,



Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark und Tirol je ein Mitglied.

In den Landtagen haben wir in Wien 19, im Burgenland und in Oberösterreich je 7, in der Steiermark und in Vorarlberg je 6, in Salzburg 5, in Kärnten und Tirol je 4 Mandate, zusammen also 60 Mandate inne.

Auch viele Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte in den großen Städten unseres Landes, aber auch in vielen kleineren Gemeinden werden von unseren Männern und Frauen gestellt. Wir haben insgesamt rund 4.000 Gemeinderäte allein vom ÖAAB innerhalb der kommunalen Körperschaften. Mit Rücksicht auf die großen und für die Verbindung mit der Bevölkerung besonders wichtigen Aufgaben und Leistungen der kommunalen Politik ist dieser Einfluß in diesen Vertretungskörpern ganz besonders erfreulich. Er wird auch unsere gesamte kommunale Arbeit noch weiter befruchten und dazu beitragen, daß endlich Schluß gemacht wird mit der irrigen, aber auch in unseren eigenen Reihen vorhandenen Auffassung, daß nur Sozialisten Städte, Märkte und Gemeinden richtig zu verwalten wüßten, ja daß die kommunale Politik überhaupt eine mehr oder weniger rote Angelegenheit sei.

Auch hier haben wir den Beweis für das Gegenteil geliefert und darüber hinaus auch stets den Standpunkt vertreten, daß die Verwaltungen, daß auch die Städte und Gemeinden nicht Selbstzweck sind und daß sich die Menschen ihnen nicht unterzuordnen haben, sondern daß auch sie nur dann ihren Sinn besitzen und ihre Aufgaben nur dann richtig erfüllen, wenn sie



subsidiär vorgehen und den Menschen, den Familien und allen ihren Mitbürgern dienen und helfen, ihre ureigensten Aufgaben möglichst selbständig und gesichert frei erfüllen zu können.

Ganz besonders erfreulich und für unsere Entwicklung auch in der Zukunft von besonderer Bedeutung ist die Zahl der bisher bereits erreichten Betriebsratsmandate. Sie machen zusammen fast 3.000 aus. Wenn man noch die Vertrauensmänner und Vertrauensfrauen in den Betrieben hinzuzählt, wird diese Zahl noch bedeutend größer. Dabei darf nicht übersehen werden, daß es im öffentlichen Dienst, in dem wir ganz besonders stark sind, solche Vertretungskörper bisher leider noch nicht oder noch nicht überall gibt.

Es wird Sie sicher auch interessieren, wie die Ergebnisse der zuletzt durchgeführten Wahlen in die verschiedenen Personalvertretungskörper ausgefallen sind. Selbst bei den Bundesbahnen, auf einem sehr schwierigen Boden mitten in einer roten Häterepublik, die von der Unduldsamkeit, ja dem Terror unserer Gegner beherrscht wird, konnten unsere heldenhaften Männer und Frauen bei der letzten Wahl noch einen Gesamtstand von zusammen 6866 Stimmen erreichen. Man kann dieses Ergebnis nur dann richtig verstehen und würdigen, wenn man, wie ich schon vorhin andeutete, die ganz ungeheuerlichen Verhältnisse bei diesem größten öffentlichen Betriebe unseres Landes, die rote Personalpolitik, die Schwierigkeiten bei der Erstellung von Listen und bei der Wahl selbst wenigstens einigermaßen kennt.

Sehr erfreulich und ein guter Auftakt auch für unseren Bundesparteitag hier in Innsbruck war das Wahlergebnis unserer

braven Männer und Frauen von der Post und vom Telegraph. (Beifall.) Die Wahlen in die Personalvertretung der Post- und Telegraphenbediensteten haben insgesamt 14.416 Stimmen für die Liste unserer Freunde von der "Fraktion Christlicher Gewerkschafter" ergeben, gegenüber 12.677 bei den letzten Wahlen, und 325 Mandate gegenüber 302 bei der letzten Wahl. Die Kommunisten sind hier neuerlich zurückgefallen und haben nur mehr ganz wenige Anhänger. Ebenso wurden die sogenannten Parteilosen zu einem lächerlichen Häufchen von rund 700 Leuten. Aber auch die Sozialisten haben zwar einige kommunistische Stimmen erben können, dafür aber an Mandaten gegenüber der letzten Wahl verloren.

Ich glaube, Hoher Bundesparteitag, daß wir alle zusammen Grund haben, diesen braven Männern und Frauen von der Post und vom Telegraph herzlich zu danken. Ich glaube, daß wir uns alle besonders darüber freuen dürfen, daß sich auch bei dieser Wahl neuerlich erwiesen hat, daß wir dort, wo Industriegebiete sind, oder auch bei der manuellen Arbeiterschaft, wie bei den Postkraftwagenbetrieben, ganz besonders gute Fortschritte erzielen konnten, so z.B. in dem Industriegebiet an der Südbahn in Niederösterreich, in Wien-Brigittenau, in Wiener Neustadt, in den Industriegebieten der Steiermark usw.

Wenn ich daneben noch erwähnen darf, meine Damen und Herren: Ähnlich war es auch bei den Wahlen im Burgenland. Auch dort hat unsere Partei die besten Erfolge dort erzielt, wo Männer und Frauen auch unseres Bundes aktiv tätig waren und sind, zum Beispiel in der Landeshauptstadt Eisenstadt.

Ich habe schon erwähnt, daß wir auch in den Arbeiterkammern bereits besser vertreten sind und daß wir dort insgesamt rund 140 Mandate besitzen. In einigen dieser Kammern, wie in Wien, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg stellen wir je einen Vizepräsidenten. In die Arbeiterkammern von Österreich wurden bisher insgesamt 151.929 Stimmen für uns abgegeben und 199 Mandate erreicht.

In den Landarbeiterkammern Österreichs erhielten wir 77.488 Stimmen und mit Ausnahme von Kärnten überall die überwiegende Mehrheit, insgesamt 122 Mandate, denen nur 64 SPÖ-Mandate gegenüberstehen.

In der Sozialversicherung haben wir zusammen 501 ÖAAB-Versicherungsvertreter, die dort für die Interessen der Versicherten eintreten.

Ich würde ein arges Verschmähen begehen, wenn ich in diesem Zusammenhange nicht auch, und zwar in ganz besonderer Weise, auf die Arbeit unserer Freunde von der Fraktion christlicher Gewerkschafter im ÖGB hinweisen würde. Wir waren es, die den allgemeinen, freien und überparteilichen Österreichischen Gewerkschaftsbund nicht nur mitbegründet, sondern, genau genommen, eigentlich begründet haben. Ohne uns wären die Sozialisten mit den Kommunisten allein geblieben und hätten dann wieder nur, wie in der Ersten Republik, die sogenannten "Freien Gewerkschaften" bilden und einsetzen können. Wir haben unseren Entschluß vom Jahre 1945 und vorher nicht bereut, und ich glaube, daß auch alle Österreicher, groß und objektiv gesehen, zugeben müssen, daß der ÖGB nicht nur viel zur Wiederaufrich-

tung und zum Wiederaufbau Österreichs, sondern in ganz besonderer Weise auch zur Erhaltung einer wesentlichen Voraussetzung für jeden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt, nämlich zur Erhaltung und Sicherung des Arbeitsfriedens im Lande, beigetragen hat. Sosehr wir dies aber auch anerkennen und sosehr wir ganz besonders unseren Freunden im ÖGB, an der Spitze unserem Kollegen Altenburger (Beifall), für ihre wirklich schwierige und oft unbedankte, aber ernste und wichtige Arbeit dankbar sind, ebensosehr müssen wir gerade auf unserem Bundesparteitag doch auch wieder eine Mahnung an unsere sozialistischen Partner richten:

1. Der ÖGB kann nur dann bestehen, wenn er weiter eine freiwillige Einrichtung bleibt. Geschlossene Werkstätten und Zwangsmethoden wie bei Gräf & Stift etc. müssen ausgeschlossen sein und bleiben. (Beifall.)

2. Der ÖGB und seine Führung werden gut daran tun, wenn sie dafür Sorge tragen, daß die Überparteilichkeit des Gewerkschaftsbundes auch tatsächlich und peinlich eingehalten wird und daß niemand den ÖGB für irgendwelche Parteizwecke mißbraucht.

3. Es wird gut sein, wenn der ÖGB auch von sich aus dafür Sorge trägt, daß der Einfluß der christlichen Gewerkschafter nicht nur in der Presse der Zentrale, sondern auch in allen seinen Gliederungen entsprechend und daher viel stärker als bisher zur Geltung kommt.

Es wäre schade, wenn irgendeines Tages einmal jene recht behielten, die schon seit langem der Meinung waren und auch

sind, daß es richtiger ist oder richtiger wäre, in Österreich wieder Richtungsgewerkschaften zu schaffen, praktisch also die Kraft der Arbeitnehmerschaft in verschiedene Teile aufzuspalten und damit zu schwächen. Wir treten dafür ein, daß die Gewerkschaftsbewegung in Österreich auch weiterhin geschlossen und stark bleibt. Es wird aber die Sache unserer sozialistischen Partner sein, es unseren Freunden zu ermöglichen, in Freiheit und mit ganzer Kraft innerhalb des ÖGB auch weiterhin mitsuarbeiten.

Ich habe schon darauf verwiesen, daß wir verschiedene große Fortschritte erzielt haben, aber noch lange nicht zufrieden sein können. Es gibt natürlich noch immer eine Reihe aktueller Forderungen, es gibt viele Wünsche, die noch offen sind. Ich will nur einige wenige, wie das Arbeitszeitgesetz, das Hausgehilfennengesetz, die Abänderung des Arbeiterkammergesetzes und der Arbeiterkammerwahlordnung, eine gerechte Steuerreform, aber auch die Bemühungen der öffentlichen Bediensteten um die Erhöhung der Sonderzahlung und um die stufenweise Einführung eines 14. Monatsbezuges erwähnen.

Ich weiß, Hoher Bundesparteitag, daß ich damit ein sehr heißes Eisen anfasse. Aber auch solche Fragen müssen behandelt werden. Was diese letzte Forderung anlangt, so wissen wir sehr genau, daß sie nicht leicht zu erfüllen ist und daß sie überhaupt nur in Übereinstimmung mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Bundes, der Länder und der Gemeinden erfüllt werden kann. Es wäre nichts damit getan, wenn das Einkommen der Lohn- und Gehaltsbezieher dem Scheine nach erhöht würde, gleich-



zeitig aber das Geld verdünnt, die Lohn- und Preisspirale wieder in Bewegung gesetzt und damit am Ende das reale Einkommen nicht nur der öffentlichen Bediensteten, sondern aller übrigen Arbeitnehmer und auch aller anderen Staatsbürger praktisch verkürzt würde. Wir wissen ganz genau, daß man nicht mehr ausgeben kann und soll, als man an realen Mehreinnahmen aus einem erhöhten Sozialprodukt auch wirklich zu leisten imstande ist. (Beifall.)

Auf der anderen Seite aber ist es sicher, daß die Forderung der öffentlichen Bediensteten nach dem 14. Bezug nicht nur schon lange angemeldet, sondern auch berechtigt und vor allem familienpolitisch von großer Bedeutung ist. Wir sind dem Herrn Bundeskanzler und Bundesparteiohmann aufrichtig dafür dankbar, daß er sich bereit erklärt hat, die Beratungen mit den Vertretern der öffentlichen Bediensteten fortzusetzen, und wir hoffen alle, daß es in gemeinsamer Anstrengung gelingt, auch hier eine Lösung zu finden, die die stufenweise Erreichung der Wünsche der Beamtenschaft ohne Gefährdung der Stabilität des Geldes und der Wirtschaft ermöglicht. Bei aller Skepsis gegenüber der oft geforderten und verlästerten Verwaltungsreform müßte es bei gutem Willen der verschiedenen Partner doch gelingen, einen konstruktiven Plan zu entwickeln, das Realeinkommen der Beamtenschaft ohne wesentliche oder noch besser überhaupt ohne zusätzliche Mehrbelastung des Personalbudgets zu verbessern. Eines ist aber auch hier von Bedeutung, nämlich darauf zu achten, daß weder den Sozialisten durch ihr Doppel-

spiel, noch irgendwelchen anderen, darunter auch pseudogewerkschaftlichen Gruppen der Beamtenschaft es gelingt, auf Umwegen, durch Verhetzung, Demagogie, Streiks etc. am Ende das durchzusetzen, was unsere Gewerkschafter und der ÖAAB schon lange, aber immer diszipliniert und verantwortungsbewußt vertreten haben und was viel vernünftiger und besser in einer ehrlichen Aussprache und über einen konstruktiven Plan überhaupt erreicht werden kann.

Ich möchte hier auch gleich auf die Erklärungen unseres Freundes Altenburger auf der Semmeringtagung unserer Partei zurückkommen und sie nicht nur voll unterstützen, sondern auch noch unterstreichen. Es ist so, wie er sagte, daß die Sozialpolitik heute kein Anliegen mehr nur einer bestimmten Volksgruppe ist, sondern daß sie und die soziale Reform das ganze Volk und alle Gruppen der Bevölkerung angehen. Es ist richtig, was Altenburger verlangt hat, daß man nämlich eine Bestandsaufnahme vornehmen und eine bestimmte Rangordnung der berechtigten noch ausstehenden Forderungen der einzelnen Schichten unserer Bevölkerung aufstellen sollte.

Wir wissen sehr genau, daß es heute Gruppen der Handwerker, der kleinen Handelstreibenden, mancher freien Berufe, aber auch mancher Gruppen der Bauernschaft usw. gibt, die ebenso ernste, wenn nicht noch ernstere Nachziehforderungen an die Allgemeinheit zu stellen haben, wie bestimmte noch immer zurückgebliebene Gruppen der Arbeiter, der öffentlichen und privaten Angestelltenschaft, der Rentner usw. Wir waren immer bereit, den Sorgen

der anderen Gruppen unseren Beistand zu leihen. Was wir verlangen, ist nur das gleiche Verständnis auch für unsere besonderen Wünsche und Sorgen. Es wird und muß unser aller Hauptanliegen sein und bleiben, die Stabilität der Wirtschaft, die Vollbeschäftigung und das gute Geld zu erhalten. Dies umsomehr, wenn wir über der üblichen, der sogenannten klassischen Sozialpolitik, der sozialen Versicherung, dem Arbeitsrecht, der Arbeitsorganisation eine echte soziale Reform als Hauptaufgabe nicht nur unseres Bundes, sondern auch unserer gesamten Partei und unserer Zeit überhaupt erkennen und bejahen.

Wir sind stolz darauf, daß es uns im ÖAAB und mit der gesamten Partei zusammen gelungen ist, einige sehr wesentliche Teile des Sozialreformprogrammes schon zu verwirklichen. Ich erwähne hier nur die großen Fortschritte auf dem Gebiete der Familiensicherung, der Entnivellierung der Bezüge, des Wohnungseigentums und auch der Volksaktien.

Wir haben es sehr bedauert, daß die Werkgenossenschaften, die wir vor vielen Jahren im Zusammenhang mit den Verstaatlichungsgesetzen rechtlich verankern konnten, bisher nicht viel weiter kamen. Wir hoffen aber, daß wir das Verständnis der ganzen Partei finden, wenn wir nach wie vor den Standpunkt vertreten, daß auch diese Möglichkeit zur Überwindung der Kluft zwischen Arbeit und Kapital und zur Erzielung eines echten Arbeitsfriedens wieder aufgegriffen und benützt werden soll.

In diesem Zusammenhang bekommt die Partnerschaft eine überragende Bedeutung. Mit dem Wort "Soziale Partnerschaft"

ist sehr viel von dem ausgesprochen, was wir unter Sozialreform überhaupt verstehen und was <sup>wir</sup> mit ihr erreichen wollen. Ich weiß, daß es gewisse Kreise gibt, die ebenfalls von "Partnerschaft" sprechen, darunter aber nichts anderes verstehen, als gewisse optische Maßnahmen an der Oberfläche einer überalterten sozialen Struktur innerhalb und außerhalb der Betriebe.

Der Klassenkampf hat in den Betrieben begonnen und muß vor allem dort überwunden werden. Kollektivvertrag, Arbeitsrecht, soziale Schutzmaßnahmen usw., das alles sind nur Teile eines Waffenstillstandes im Klassenkampf. Dieser Waffenstillstand aber muß endlich von dem wirklichen Frieden abgelöst werden. Weil wir den sozialen Frieden in den Betrieben und auf den überbetrieblichen Ebenen wollen, setzen wir uns für die echte Partnerschaft ein.

Um allen Mißverständnissen von vornherein zu begegnen und vorzubeugen, muß auch festgestellt werden, daß echte Partnerschaft alles andere bedeutet als eine Schwächung oder gar Auslöschung der Unternehmerfunktion. Im Gegenteil: Die Funktion des Unternehmers im Betrieb wird durch die Partnerschaft praktisch-wirtschaftlich und sozial-ethisch einsichtiger und fester fundiert, als sie es je war und auch heute noch ist. Was wäre das für ein Orchester, das vermeinte, der Partitur und des Dirigenten entraten zu können! Was wäre das aber auch für ein komischer Dirigent, der über seelenlose Werkzeuge statt über wirkliche Könner und Meister verfügen möchte.

Die Partnerschaft - das wissen wir sehr genau - ist primär

ein geistiges Problem und erfordert daher ein Umdenken auf beiden Seiten. Zur Partnerschaft gehört auch das viel umstrittene Mitspracherecht, für das die Sozialisten die längste Zeit nur Hohn und Spott übrig hatten, um es nun ebenfalls laut zu verkünden und zu fordern, aber nur, um auch damit ihre letzten Absichten zu tarnen. Es geht hier vor allem um eine gründliche Information der Belegschaften, um die Mitbeeinflussung der Wirtschaftlichkeit der Unternehmungen, um eine verantwortungsbewusste Mitberatung, um die Übertragung von Aufgaben an die führenden Mitarbeiter, es geht um Mitverantwortung. Partnerschaft ist also ein geistiges, ein betriebswirtschaftliches, ein organisatorisches und ein rechtliches Problem. Auch die Ertragsbeteiligung gehört zur Partnerschaft. Sie ist nicht nur ein Weg zu einem neuen Lohnsystem, sondern auch zu neuer Eigentumsbildung und zu jener Breitenstreuung des Kapitals, wie sie von der christlichen Soziallehre seit "Rerum novarum" und besonders seit "Quadragesimo anno" unablässig und immer wieder gefordert wurde.

In unserer Zeit sind große Vermögen noch größer geworden, und niemand wird behaupten, daß dieser wachsende Reichtum ausschließlich auf den Konsumverzicht und die persönliche Sparsamkeit der einzelnen Unternehmer oder gar der öffentlichen Verwaltungen etc. zurückzuführen ist. Die Kapitalsneubildung geht auch heute noch zu einem sehr großen Teil in das Eigentum der Kapitalbesitzer über, zu denen wir als dem größten auch den Staat, ferner große Städte und die diversen kollektiven Einrichtungen zählen müssen. Die Arbeiter und Angestellten, die



zu dieser großen Kapitalsneubildung wesentlich beigetragen haben, sind von der Eigentumsneubildung so gut wie ausgeschlossen geblieben.

Eine weitere sehr wesentliche Aufgabe ist die Verbreiterung und Vertiefung der Ausgabe von Volksaktien. Die Sozialisten wissen genau, warum sie auch dieser Möglichkeit breiterer Kapitalstreuung und echter neuer Eigentumbildung vor allem in den Betrieben einen so hartnäckigen, ja oft genug leidenschaftlichen Widerstand entgegensetzen. Sie fürchteten die Freiheit in jeder Form und bekämpften daher auch die Volksaktien. Wir müssen allerdings sehr darauf achten, daß diese an sich so gesunde Idee nicht durch unüberlegte und ungesunde Aktionen in Mißkredit gebracht wird. Volksaktien vor allem für die Belegschaften werden sich nur dann durchsetzen, wenn die Betriebe, von denen sie ausgegeben werden, nicht nur absolut gesund, sondern auch kapitalstark und so geartet sind, daß sie möglichst schon im ersten Jahr auch einen Nutzen abwerfen. (Beifall.)

Wir müssen uns auch der Grenzen, die auch hier vorliegen, bewußt sein. Auch die Volksaktie ist kein Instrument für alles und vor allem auch kein Ersatz für die echte Partnerschaft. Sie ist aber sicher eines der besten Mittel zur Bildung neuen Eigentums, zur stärkeren Sicherung der einzelnen Menschen und damit auch der Freiheit. Es ist daher notwendig, daß auch die Arbeiter und Angestellten die Bedeutung der Volksaktie stärker erkennen und in ihr nicht bloß irgendein kapitalistisches Spekulationspapier sehen. Es tut daher auch Aufklä-

rung dringend not. Noch wichtiger aber ist es, die Beseitigung der steuerlichen Diskriminierung der Aktie zu betreiben und durchzusetzen. (Beifall.)

Ich sehe mit großer Freude, daß ich nicht nur von meiner eigenen Gruppe, sondern auch von der anderen Seite verstanden werde. Ich sehe, wenn es um harte Dinge geht, kommen wir immer wieder zusammen.

Daß auch die richtige Lösung des Wohnungsproblems in den Bereich der sozialen Reform gehört, ist wohl unbestritten. Ganz besonders wichtig ist die Verstärkung des Eigentumswohnbaues, des genossenschaftlichen Wohnbaues, die Förderung der Siedlungsgenossenschaften und des Baues von Einfamilienhäusern. Wir können nur hoffen, daß endlich auch unsere Nationalbank den Widerstand aufgibt, der auch der Verwendung größerer ausländischer Kapitalien auch für Zwecke einer Verstärkung der einzig echten sozialen, nämlich der Eigentumswohnbautätigkeit, entgegensteht. Hüten wir uns davor, daß eines Tages die Sozialisten auch hier etwas übernehmen, fortsetzen und vollenden, was wir geistig vorbereitet, gegen ihren leidenschaftlichen Widerstand durchgezwungen und in stolzen Anfängen auch schon verwirklicht haben.

Auch auf dem Gebiete der Familienpolitik können wir bereits auf große Leistungen hinweisen. Wir mußten auch die Familiensicherung gegen den grundsätzlichen und praktischen Widerstand der Sozialisten erkämpfen. Nun tun sie auch hier so, als ob sie die Familiensicherung gepachtet hätten. Umso wichtiger ist es, daß wir auch auf diesem Gebiete noch einige Verbesserungen selbst durchführen.

Delegierte des Bundesparteitages! Die Sozialisten haben ein neues Programm verkündet. Wer immer aber gesund und objektiv urteilt, wird zugeben müssen, daß es nichts anderes als der Ausdruck des großen Unbehagens innerhalb ihrer Partei, einer großen Unsicherheit und Unklarheit ist und daß es letzten Endes nichts anderes bezweckt, als eine große Täuschung. Wir glauben auch - und es hat das kein geringerer als unser Freund, der Herr Bundesminister für Finanzen, Dr. Kamitz, schon am Semmering ausgesprochen -, daß auch der Liberalismus schon lange keine Bedeutung mehr besitzt. Wir alle sind davon überzeugt, daß nur unsere Soziallehre und die entsprechenden Folgerungen daraus imstande sind, die sehr ernsten Probleme unserer Zeit wirklich groß und im Sinne der Verstärkung des freien Menschentums zu lösen. In Verfolg des Prinzips der Subsidiarität müssen wir überall dafür Sorge tragen, daß die noch offenen gesellschaftlichen Probleme mit dem Ziele einer echten Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern gelöst werden.

Ein besonders wichtiges Mittel auf diesem Wege ist die weitere breite Streuung des Kapitals, die weitere echte Eigentumsbildung auch für die Arbeiter, Angestellten und Beamten. Erst dann, wenn auch die Arbeiter und Angestellten materiell ebenbürtig sein werden, ist die unerläßliche Voraussetzung ihrer gesellschaftlichen Integrierung, mit der die politische Integration Hand in Hand gehen wird, möglich und die volle Bejahung der gesellschaftlichen Ordnung und damit auch des Staates endgültig gesichert. Die Arbeiterschaft wird erst

dann aufhören, diese Ordnung der Gesellschaft in Frage zu stellen, wenn sie über das Eigentum restlos in sie integriert sein wird. Erst dann wird auch jener Staat der Arbeiter, Bauern und Bürger als gemeinsame Ordnung der Gesellschaft konstituiert sein, in dessen Rahmen Freiheit, Wohlstand und Sicherheit auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können. Der freie Staat der Arbeiter, Bauern und Bürger aber ist das letzte Ziel des ÖAAB und, wie ich glaube, auch der gesamten Österreichischen Volkspartei. Er ist eine echte Freiheitsordnung der Gesellschaft im Gegensatz zur Pseudofreiheit des Sozialismus, die auf dem Umweg über die Beherrschung der Wirtschaft durch den Staat organisiert werden soll.

Im Verlaufe der europäischen Geschichte sind immer wieder gesellschaftliche Gruppen aus den Tiefen der Rechtlosigkeit in die Höhen der politischen und der persönlichen Freiheit aufgestiegen. Es hat eine Freiheitsbewegung der Bürger gegen ihre Bevormundung durch den Adel gegeben, eine solche der Bauern gegen ihre Ausbeutung durch die feudalen Schichten. Beide haben ihr Ziel erreicht, als sie die Selbstverwaltung ihrer Anliegen errungen hatten. Im 19. Jahrhundert sind diese Freiheitsbewegungen durch die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterschaft abgelöst worden. Auch ihr Ziel kann kein anderes als gesellschaftliche Eigenständigkeit sein, mit der den Arbeitern und Angestellten alles andere dazu gegeben werden wird. Nicht irgendeine kollektive Erlösung der Klasse, sondern die Konstituierung der Arbeiterschaft als europäischer Freiheitsstand auf der Grundlage eines Miteigentums vor allem an der

industriellen Sphäre kann das Ziel der gesellschaftlichen Freiheitsbestrebungen der Arbeitnehmer sein. Mit der Erreichung dieses Zieles wird auch der neue Mittelstand endgültig ins Dasein treten, der den noch vorhandenen alten verstärken und sichern wird, ein neuer Mittelstand, der seinen Eigentumsanspruch zwar in anderen Rechtsformen realisieren muß als der überkommene, sich aber am Ende auf der unveränderten Grundlage des Eigentums konstituiert.

Nicht nur Österreich, sondern alle Staaten Westeuropas befinden sich heute auf der Suche nach neuen Rechtsformen des Eigentums, vor allem in der industriellen Sphäre, um die Arbeiter und Angestellten endgültig in eine Gesellschaft von Besitzenden einzureihen. Und nur diese Gesellschaft stellt die wahre Antithese zu jener Gesellschaft der Besitzlosen, Rechtlosen und jeder Freiheit beraubten Untertanen eines Kollektivs dar, die der Kommunismus im Osten organisiert hat. Mit ihr wird sich Europa nicht nur unwiderruflich gegen diese Welt der Unfreiheit und Dürftigkeit abgrenzen, sondern auch zur Offensive gegen den Kommunismus übergehen können.

Die SPÖ ist mit ihrem jetzigen Programm nicht zur Erhebung einer neuen, sondern zur Verteidigung einer untergehenden Welt angetreten. Das Konzept, die Gesellschaft zu einem letzten Klassenkampf gegen den Kapitalismus zu sammeln, trägt alle Kennzeichen des vergangenen Jahrhunderts, das geistig, politisch und wirtschaftlich schon längst überwunden ist, an sich. Die Zukunft gehört jenem Staate der Arbeiter, Bauern und Bürger, für den die Volkspartei als ein Teil der großen christlich-de-



mokratischen Bewegung eintritt, die Europa nach 1945 aus einem beispiellosen Niedergang herausgeführt und die sich nunmehr die Aufgabe gestellt hat, dieser Wiege der modernen Zivilisation jene politische und gesellschaftliche Verfassung zu geben, in der sie auch für die Zukunft bestehen kann.

Delegierte des Bundesparteitages! Verehrte Männer und Frauen! Meine lieben jungen Freunde! Der ÖAAB hat sich seit jeher zur Gesamtpartei bekannt und dieser die verlässlichsten, die fleißigsten und die opferbereitesten Mitarbeiter gestellt. Wir bekennen uns auch heute stolz und freudig zur großen Partei des Volkes, dieses herrlichen Landes und der Freiheit nicht nur des Staates, sondern jedes einzelnen seiner Bürger.

Wir erwarten aber auch Verständnis für unsere besonderen Anliegen und Sorgen. Wir sind davon überzeugt, daß eine noch größere und verständnisvollere Bedachtnahme der gesamten Partei dem ÖAAB gegenüber auch die Kraft der anderen Gruppen und damit der gesamten Partei verstärken wird. Jeder Fortschritt des ÖAAB ist auch ein Fortschritt der Gesamtpartei, jeder Sieg, den wir erringen, auch ein Sieg der gesamten ÖVP. Je stärker der ÖAAB wird, desto stärker wird die ÖVP sein. Denken wir alle immer daran und handeln wir auch darnach!

Wenn wir alle zusammenstehen, muß es möglich sein, auf dem Wege zum Wohlstand und zur Freiheit fortzuschreiten, die Mieter wieder zu Eigentümern, die Lohn- und Gehaltsempfänger zu echten Mitarbeitern und Partnern, die bloßen Einwohner der Städte und Gemeinden zu wirklich gesicherten freien Bürgern zu

machen und aus Nummern wieder echte freie Menschen.

Hoher Bundesparteitag! Wir lieben unseren ÖAAB, wir lieben aber ebenso sehr unsere gemeinsame Partei. Wir wissen, daß wir als einzelne nichts sind und stark nur im Bund der ganzen Österreichischen Volkspartei. Daher: Es lebe unser Bund! Es lebe aber auch unsere Partei! Es lebe Österreich und die Freiheit. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. K l a u s : Ich danke dem Herrn Vizebürgermeister für sein Referat und möchte ihm gleichzeitig, da er vor kurzem das schwere Amt des Parteiobmannes der Wiener Volkspartei übernommen hat, Glück und Erfolg für seine Aufgabe wünschen. (Beifall.)

#### Der Österreichische Bauernbund

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. K l a u s : Ich bitte nun als nächsten Referenten Herrn Minister a.D. Josef Kraus, das Referat über den Bauernbund zu halten.

Referent Minister a.D. Präsident Josef Kraus: Herr Vorsitzender! Hoher Bundesparteitag! Der Österreichische Bauernbund geht in das 40. Jahr seines Bestandes. Landesbauernbünde sind um 10 bis 15 Jahre älter als der Bauernbund selbst. Der <sup>u</sup>Österreichische Bauernbund wurde im Jahre 1938 verboten und aufgelöst und hat sich im Jahre 1945 wieder neu konstituiert. Ich darf erinnern, daß bei der Bildung der Provisorischen Regierung der Staatspräsident Renner dem Herrn Minister Schumy das Mandat eines Staatssekretärpostens angetragen hat mit der Aufgabe, den Landbund wieder aufzurichten. Minister Schumy hat im Interesse der Bauerneinigkeit dieses Anerbieten abgelehnt und darauf hingewiesen, daß in dieser Zeit der Zersplitterung die Einigung die Parole des Tages sein muß. Wir danken heute noch Minister Schumy für seine seinerzeitige Haltung.

Der Österreichische Bauernbund zählt derzeit 363.630 Mitglieder und gliedert sich in 4.222 Ortsgruppen; ungefähr 45.000 unentlohnte Funktionäre, also Orts- und Bezirkbauernräte, sind in der Bauernorganisation tätig. Bei den letzten Wahlen in die Landwirtschaftskammern aller Bundesländer konnte der Bauernbund von 554.195 abgegebenen gültigen Stimmen 471.900 erreichen, das sind 85,2 Prozent, beziehungsweise entfielen von 227 gewählten Landeskammerräten 190 auf die Liste des Bauernbundes. Ebenso führt der Bauernbund in allen Bezirksbauernkammern. In 7 von den 9 Bundesländern ist er in der jeweiligen Landesregierung führend vertreten. Außerdem sind vom Bauernbund 32 Mandatare in den Nationalrat und 10 in den Bundes-

rat entsendet.

Schon im Jahre 1946, beim Wiederaufbau Österreichs, ist der Bauernbund beispielgebend vorangegangen. Ich darf daran erinnern, daß ich selbst als Landwirtschaftsminister im Juni des Jahres 1946 im Parlament einen Gesetzesantrag eingebracht habe, dem die Aufgabe zufiel, beim Aufbau der Landwirtschaft mitzuhelfen. Auf Grund dieses Gesetzes, das vom Nationalrat beschlossen wurde, wurden 30 und später 50 Prozent Zuschlag zum Grundsteuermeßbetrag eingehoben. Es galt, in Österreich - und hauptsächlich in jenen Gebieten, in denen die Kampfhandlungen ihr Ende fanden - über 19.000 zerstörte Bauernhöfe aufzubauen. Es war nun auf Grund dieser gesetzlichen Maßnahme möglich, mit einem Betrag von rund 350 Millionen Schilling über 13.500 Bauernhöfe aufzubauen.

Dieses gute Beispiel, mit dem der Bauernbund und die Bauernschaft Österreichs in bezug auf den Aufbau vorangegangen sind, hat leider bei den anderen Berufsgruppen keinen Anklang gefunden.

Ich darf daran erinnern, daß bereits im Jahre 1946 Nationalrat Fink im Parlament für Familienbeiträge eingetreten ist, um der Familie die Möglichkeit zu geben, ihre Kinder zu erziehen. Es hat einen langen und sehr harten Kampf gekostet, bis es endlich im Verein mit den beiden anderen Gruppen unserer Partei gelungen ist, die Kinderbeihilfe auch für die Selbständigen durchzubringen.

Nach ebenfalls lange Zeit andauernden Beratungen war es

dann möglich, auch für die Altersvorsorge der Selbständigen in der Landwirtschaft eine gesetzliche Grundlage zu schaffen. Es wurde das Zuschußrentengesetz geschaffen, wonach es nunmehr ermöglicht wurde, daß die in der Landwirtschaft Tätigen und Selbständigen in ihren alten Tagen in den Genuß dieser Unterstützung kommen.

Ganz besonders darf ich auf eine Maßnahme verweisen, die über Antrag des Bauernbundes zustande kam, und zwar ist das eine Kreditverbilligungsaktion für die Landwirtschaft. Als es immer klarer wurde, daß die fehlenden Arbeitskräfte in der Landwirtschaft nur durch Maschinen ersetzt werden können, war es selbstverständlich, daß nun auch die Mechanisierung vorangetrieben werden mußte. Es wurden daher für diesen Zweck Mittel zur Verfügung gestellt. Das Landwirtschaftsministerium hat sich nach längeren Verhandlungen mit verschiedenen Kreditinstituten, die es leider abgelehnt haben, für diese Kredite eine Zinsverbilligung von 2 Prozent zur Verfügung zu stellen, und zwar bis zu einem Betrag von 400 Millionen Schilling - der Kredit selbst mußte natürlich von den ländlichen Kreditinstituten aufgebracht werden -, bereit erklärt, die Zinsverbilligung aus Staatsmitteln bereitzustellen.

Diese Aktion läuft nun sieben Jahre und hat mitgeholfen beziehungsweise es überhaupt erst möglich gemacht, diese Aktion, insbesondere die Einführung von Maschinen in der Landwirtschaft durchzuführen. Ich kann nur auf Niederösterreich verweisen; diese Aktion wird in allen Bundesländern, und zwar nach den



jeweiligen Umständen in den einzelnen Ländern verschieden, durchgeführt, mir fehlen aber von den anderen Bundesländern leider die Unterlagen. In Niederösterreich wurden seit dem Bestand dieser Aktion, das ist seit dem März 1952, 19.270 Kredite mit einem Gesamtbetrag von 364,158.664 S ausbezahlt. Wir haben diese Aktion in die Wege geleitet, weil es ansonsten der Landwirtschaft unmöglich gewesen wäre, die notwendige Mechanisierung durchzuführen.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaftsorganisationen umfassen 1,140.000 Mitglieder und werden ausnahmslos von Mitgliedern und Funktionären der ÖVP geführt.

Wenn wir in den nächsten Jahren auf eine steigende Produktion der Landwirtschaft verweisen können, dann ist auch dies dem Landwirtschaftsministerium zu verdanken, das eine Kunstdüngerverbilligungsaktion in die Wege geleitet hat, die es dem Bauern ermöglicht, mit Hilfe des verbilligten Kunstdüngers schöne Ernten zu erzielen. Wir können daher auch mit Stolz darauf verweisen, daß wir 87 Prozent des Bedarfes an landwirtschaftlichen Produkten im Lande selbst erzeugen können.

Von großer Wichtigkeit war auch der Ausbau des landwirtschaftlichen Schulwesens. Es ist heute auch für den Bauer selbstverständlich, daß Wissen eine Macht ist. Die heutige Zeit erfordert nicht nur von dem Bauern, daß er rechnen, lesen und schreiben kann, der Bauer muß heute auch sein eigener Mechaniker sein und er muß auch die kompliziertesten Maschinen kennen, weil er sonst nicht in der Lage wäre, seinen Betrieb zu führen.

Wir haben in Österreich heute 132 landwirtschaftliche Schulen, 20 Sonderfachschulen und 8 landwirtschaftliche Mittelschulen, in denen sich die Bauern auf ihren Beruf vorbereiten können. Der Zudrang zu den Schulen wird immer stärker und die Schulnot immer größer, denn unsere Schulen sind voll besetzt, ja es ist oft nicht möglich, in unseren Schulen alle Schüler aufzunehmen, die angemeldet sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hoher Bundespartei-tag! Soweit der Überblick über die Leistungen und die Erfolge der Landwirtschaft.

Nun muß ich leider darauf verweisen, daß die österreichische Landwirtschaft vor kurzer Zeit zur Kenntnis nehmen mußte, daß das Landwirtschaftsgesetz, das 2 1/2 Jahre in Verhandlung stand, abgelehnt wurde. Wir haben draussen unsere Bauern dahin aufgeklärt, daß doch mit dem Zustandekommen des Landwirtschaftsgesetzes die Möglichkeit geschaffen werde, dem Terror und dem Diktat des Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterkammer eine gesetzliche Schranke entgegenzusetzen. Nun ist es leider nicht dazu gekommen und vor allem die Vertreter der Bauernschaft stehen jetzt vor der schweren Aufgabe, den Bauern draussen klarzumachen, warum dieses Landwirtschaftsgesetz, das ja in anderen Staaten besteht, in Österreich unmöglich ist.

Ich muß leider mit Bedauern feststellen, daß auch unsere Freunde vom Wirtschaftsbund am Nichtzustandekommen des Gesetzes nicht unschuldig sind. (Rufe: Hört! Hört!) Man möge zur Kenntnis nehmen, daß die österreichische Bauernschaft auf Grund ihrer Stärke und ihrer Bedeutung alles daran setzen wird, das

Versäumte nachzuholen. (Beifall.)

Die österreichische Landwirtschaft braucht wie jeder andere Wirtschaftszweig verbilligte Kredite. Wenn ich zuvor darauf hingewiesen habe, daß im Rahmen der Mechanisierung Kredite vergeben werden, so ist das so wie beim Regen, wenn man sagt, es nieselt. Mit diesen 400 Millionen Schilling Krediten, die wohl den Vorzug haben, daß sie innerhalb<sup>von</sup> drei Jahren zurückzuzahlen sind, ist die Landwirtschaft nicht in der Lage, die große Aufgabe, vor der sie steht, zu erfüllen. Wir sind daher seit Jahren bestrebt, bei den zuständigen Stellen entsprechende Kredite zu erhalten, sind jedoch bis heute ohne Erfolg geblieben.

Im Budget für 1959 sind uns wohl Kredite in Aussicht gestellt, aber in diesen Kelch fällt ein Wermutstropfen. Ein gewisser Betrag, der bis jetzt à fonds perdu, also als Subvention gegeben wurde, fällt nämlich zum Großteil weg, und an dessen Stelle treten Kredite. Die Kredithöhe soll ungefähr 300 Millionen Schilling betragen, und die Kreditaktion soll wie man hört, eine Laufzeit bis zu 10 Jahren haben. Die Zinsenverbilligung macht es dem Bauern wohl möglich, diese Kredite in Anspruch zu nehmen, da auf 10 Jahre 5 Prozent Zinszuschüsse gegeben werden. Soweit ist es schön.

Nun gestatten Sie mir, Hoher Bundesparteitag, daß ich auch auf die Kehrseite verweise. Die österreichische Landwirtschaft ist heute schon bedenklich verschuldet. Nun wird bei diesen Krediten die Schuldenlast nicht geringer, sondern noch größer werden, und ich fürchte sehr, daß wir, wenn hier bei

Gewährung der Kredite nicht besonders vorsichtig vorgegangen wird, mit Rückwirkungen zu kämpfen haben werden, die die Landwirtschaft wahrscheinlich auf einen Stand bringen, dem kein Vertreter der Landwirtschaft zustimmen kann. Es wäre bedauerlich, wenn Bauern, die Kredite nehmen, exekutiert werden müßten.

Die Landwirtschaft muß feststellen, daß sie trotz der Mechanisierung noch immer den Naturgewalten ausgesetzt ist - und das haben wir in den letzten Jahren besonders erfahren können -, sodaß keine Rentabilität gegeben erscheint.

Es ist nicht nur bei uns in Österreich, sondern, soweit ich informiert bin, auch in anderen Ländern die Ansicht verbreitet, daß es der Landwirtschaft sehr gut geht, daß die Landwirtschaft über Vermögen verfügt, die sie früher nie besessen hat. Ich kann dazu feststellen, auf Grund von Daten und Nachweisen, die ich belegen kann, daß das Gegenteil der Fall ist.

Es gibt schon Bauern, bei denen es nach außen hin den Anschein hat, daß Wohlstand vorhanden ist. In Wirklichkeit kann das aber nicht der Fall sein, wenn wir feststellen müssen, daß die Landwirtschaft in Österreich mit 6 Milliarden verschuldet ist. Ich will den Bundesparteitag nicht mit Zahlen belästigen, aber es ist ja bekannt, daß der Anteil der Landwirtschaft am Bruttonationalprodukt nur 13 Prozent beträgt, bei Industrie und Gewerbe 44 Prozent, obwohl die Flächenproduktion im Jahre 1953 von 108 auf 124 Prozent gestiegen ist.



Eine bedauerliche Erscheinung ist die Abwanderung aus der Landwirtschaft. Sie kennen ja die Statistik - in der vorigen Woche sind die Zahlen von der landwirtschaftlichen Versicherungsanstalt veröffentlicht worden, die darauf hinweist, daß auf dem Lande die Zahl der Versicherten, das heißt der Landarbeiter, immer geringer wird. Während im Jahre 1950 noch nachgewiesen wurde, daß täglich 35 Personen aus der Landwirtschaft abwanderten, ist die Zahl jetzt, soweit sie zu erheben ist, auf 15 bis 16 gesunken. Ich darf aber darauf verweisen, daß im Jahre 1937 noch 275.600 Personen in der Landwirtschaft krankenversichert waren, während im Jahr 1957 die Zahl auf 160.500, also auf 58 Prozent abgesunken ist. Das ist sicherlich eine sehr bedauerliche Erscheinung.

Man muß sich nun fragen: Wo sind denn die Ursachen? Sie sind sehr verschiedener Art. Wir wissen schon, daß heute die Stadt aus verschiedenen Gründen vor dem Dorf bevorzugt wird. Aber auch die Belastung der Landwirtschaft steigt immer mehr an und ist dazu angetan, daß es sich der junge Bauer oder die junge Bäuerin überlegt, ob sie den Mut aufbringen, diese Wirtschaft zu übernehmen, oder es nicht vorziehen, die Wirtschaft stehen zu lassen und sich einen anderen Erwerb zu suchen.

Was die Belastung betrifft, will ich auch nur zwei Zahlen anführen. Für einen landwirtschaftlichen Arbeiter haben wir für die Krankenkasse im Jahre 1937 einen monatlichen Beitrag von 14 S geleistet; im Jahre 1958 sind es aber 165 S. Die meisten unserer Gemeinden haben auf Grund der erhöhten Lasten mehr als 1000 Prozent Zuschlag zum Steuermaßbetrag. Das ist eine



sehr bedenkliche Erscheinung, und wir wissen nicht, wieweit es dem einzelnen möglich sein wird, das zu tragen, ganz besonders dann, wenn vielleicht Jahre kommen, die teilweise Mißernten aufweisen.

Um das zu beleuchten, darf ich Ihnen zur Illustration kurz einen Ausschnitt aus einer Zeitung, die aus dem Burgenland stammt, zu Gehör bringen. Hier heißt es:

"Traktoren stehen in den Höfen, aber es gibt zuwenig Traktorenführer. Ställe sind halbleer, weil es zuwenig Hände gibt, die das Vieh pflegen. Äcker bleiben unbestellt, Gesindekammern stehen leer. Auf den Höhen sieht man kaum junge Menschen. Es gibt keine Jungknechte und keine Jungmägde. Selbst die Bauernsöhne und Bauerntöchter wollen fort. Man drängt sich zur Verpachtung der Esterházy'schen Güter. Es sollen Hunderte neuer Kleinwirtschaften entstehen. - Aber alte Wirtschaften verdorren wie Bäume, denen man die Wurzeln amputierte, die Arbeit entzog.

'Landarbeit!' Das hat einen Klag im Burgenland, der häßlicher ist als Dienstmädchenarbeit in Wien. Der Geruch von Analphabetentum, von Schmutz und schlechten Schlafräumen und unendlich langen Arbeitstagen haftet an ihm. - 'Wir wollen nicht weniger sein als die Zigeuner', sagt mir ein junger Bursch in Eisenstadt; lieber wird er Hilfsarbeiter auf Wanderschaft, ... aber Traktoren bleiben mit Flachen bedeckt, weil niemand da ist, sie zu führen."

Hoher Bundesparteitag! Das ist nicht etwas, was man als Märchen auftischt, sondern es ist - so traurig es ist - leider

wahr, daß es in wenigen Jahren nicht mehr möglich sein wird, den Boden zu bebauen.

Um die Situation noch mehr zu verschlechtern - ich bin leider gezwungen, das hier aufzuzeigen -, wird nun auch in der Landwirtschaft die Einführung der 45 Stunden-Woche gefordert. Ich brauche Sie, meine sehr verehrten Berufskollegen, aber auch die anderen nicht erst zu fragen, wir alle wissen, daß es in der Landwirtschaft Spitzenleistungen gibt, Zeiten, wo wir nicht einen 8 Stunden-Tag, sondern den 14- und 16-Stunden-Tag haben. Man muß eben trachten, zur gegebenen Zeit alles hereinzubringen, weil es sonst dem Verderb ausgesetzt wäre. Wenn wir auch den Segen der 45 Stunden-Woche - die Anträge liegen bereits von der Gewerkschaft der Landarbeiter vor - zur Einführung bringen, dann kann ich mir nicht vorstellen, wie sich das auswirken wird. Entweder muß der betreffende Bauer - es betrifft vor allem die größeren Bauern und Gutsbesitzer - seinen Betrieb zusperren oder er müßte, um seinen Betrieb aufrechtzuerhalten, soviel Überstunden bezahlen, daß er das einfach nicht leisten kann. Mit 45 Stunden aber ist es vollkommen ausgeschlossen, den Wirtschaftsbetrieb aufrechtzuerhalten.

Dazu hören wir auch noch immer, vor allem von den Herren Sozialisten, daß die Steuern, die die Bauern bezahlen, zu gering sind. Bei jeder Gelegenheit wird der Finanzminister Dr. Kamitz aufgefordert, die Steuern bei den Bauern, die zuwenig zahlen, zu erhöhen. Ich glaube, hier ist ein Kommentar überflüssig. Ich habe bereits auf die Belastungen hingewiesen.

Es sind noch verschiedene Fragen, besonders die der Agrarunterstützung. Nach Äusserungen der Sozialistischen Partei ist beabsichtigt, im Jahre 1960 entweder diese Unterstützung abzubauen oder aufzuheben. Auch das, glaube ich, brauche ich nicht weiter auszuführen.

Es ist klar, daß es bei einem Abbau dieser Stützungen zu Preiserhöhungen kommen wird, denn man kann doch dem Produzenten nicht zumuten, daß er bei diesen niedrigen Gesteungskosten weiter erzeugt. Ein Abbau der Stützung wäre vielleicht bei Brot- und Futtergetreide möglich, weil ein höherer Brotpreis vielleicht noch erträglich wäre, vollkommen unmöglich ist er aber bei Milch- und Molkereiprodukten, weil in allen Staaten Europas die Milchproduktion und ihr Export mit Staatsmitteln gestützt werden und somit eine große Konkurrenz entsteht. Es wäre dann unmöglich, weiter zu exportieren, und über kurz oder lang müßte nicht nur der Milchpreis, sondern überhaupt die Milchwirtschaft in Österreich zusammenbrechen.

Vizekanzler Pittermann hat sich besonders in der letzten Zeit für die Milchwirtschaft interessiert. Ich nehme an, daß es vielleicht doch möglich sein wird, ihn dahin zu belehren, daß seine Vorschläge ein vollkommener Unsinn sind. Nun habe ich bereits darauf verwiesen, wo die Schwierigkeit liegt.

Wir müssen leider feststellen, daß alle Forderungen, die von der Landwirtschaft, und mögen sie noch so berechtigt gewesen sein, gestellt wurden, die Ablehnung der Arbeiterkammer und des Gewerkschaftsbundes gefunden haben. Ich verweise nur auf das

jahrelange Verhandeln bezüglich der Milchauffettung, des Zuckerpreises, insbesondere der Handelsspanne bei Milch- und Molkereiprodukten, die insbesondere bei Milch so gering ist, daß heute kein Mensch Interesse hat, sie zu verkaufen. Bis jetzt war es trotz jahrelanger Verhandlungen nicht möglich, diese sicherlich geringen Forderungen durchzubringen. Das wirkt sich natürlich dahin aus, daß draussen die Bauern ihre Vertreter fragen, ob sie denn überhaupt gar keine Möglichkeit mehr haben, ihre Forderungen durchzubringen.

Ich will besonders darauf verweisen, daß diese Situation, in der wir uns jetzt befinden, für die Bergbauern äußerst schwierig ist. Die Bergbauern kämpfen darum, ihre Lebensexistenz zu erhalten, sie sind dabei ganz besonders auf die Viehzucht und die Milchproduktion angewiesen. Daher ist es unsere Aufgabe, sie in ihrem schweren Kampf um ihre Existenz zu unterstützen.

Hoher Bundesparteitag! Wir wissen, daß wir in der nächsten Zeit vor einer schwierigen politischen Aufgabe stehen: das ist der Kampf um das Dorf. Dieser Kampf um das Dorf ist ja nicht von gestern, sondern er wurde schon immer geführt, doch mit einer solchen Intensität, wie er heute und in nächster Zeit noch verstärkt geführt werden wird, noch nie. Nach den verschiedenen Wahlergebnissen entsteht für den Nichteingeweihten der Eindruck, daß sich das Dorf zu sozialisieren beginnt. Die Stimmen gehen zurück und das hat zwei Gründe. Der eine liegt darin, daß die Alten sterben, und der zweite, daß die Jungen



abwandern und an und für sich weniger werden. Aber es gibt noch andere Gründe dafür. Wer heute beobachten kann, was die Sozialistische Partei auf diesem Gebiet bereits leistet, der muß wohl sagen, daß wir kein Gleiches entgegensetzen können und daß zu befürchten ist, daß der Kampf um das Dorf für uns verloren ist. Sie fahren hinaus mit Wanderkinos, machen Veranstaltungen für Kinder, Volksbelustigungen und alle möglichen Dinge, um besonders die Jugend an sich zu ziehen. Sie versprechen den Leuten Renten und der Jugend Einstellungen bei Post und Bahn und alles, was sie glauben, nur um die Leute für sich zu gewinnen.

Daher, meine hochverehrten Frauen und Männer, wird es unsere Hauptaufgabe vor den bevorstehenden Wahlen des Jahres 1959 sein, alles daranzusetzen, um diese Angriffe auf das Dorf abzuwehren. Ich bin überzeugt, das wird nicht leicht sein, es wird ein sehr harter Kampf werden.

Ich möchte heute auch darauf hinweisen, daß es sehr bedenklich ist, wenn unsere bäuerliche Jugend draussen in den Dörfern aufgespalten wird. Wir haben draussen verschiedene Jugendgruppen. Wir haben die Parteijugend, die Pfarrjugend, das ländliche Fortbildungswerk, die Landjugend und verschiedene andere. Es kommt bedauerlicherweise oft so weit, daß sich die Jugendgruppen, obwohl sie einer Weltanschauung sind, gegenseitig bekämpfen oder zu den Veranstaltungen der anderen Gruppen nicht gehen. Hier ist es dringend notwendig, in der nächsten Zeit Ordnung zu schaffen.



Hoher Bundesparteitag! Vor uns steht nun der europäische Markt und die europäische Zollgemeinschaft, in die die Bauern vollständig unvorbereitet hineinkommen. Während es zum Beispiel der Industrie möglich war, durch Investitionen irgendwelche Vorbereitungen zu treffen, ist die Landwirtschaft den Ereignissen, die uns die Zukunft bringt, unvorbereitet ausgesetzt. Ich darf insbesondere auf unsere Spezialkulturen verweisen - Obst- und Gartenbau, Weinbau, Kartoffelbau und Kartoffelprodukte, die erzeugt werden -, die einer schweren Konkurrenz vom Ausland ausgesetzt sind. Wir wollen hoffen, daß die Gefahr, die uns sehr groß zu sein scheint, sich nicht in ihrer ganzen Stärke auswirkt.

Hoher Bundesparteitag! Ich habe Ihnen nun neben dem Erreichten auch die Schwierigkeiten aufgezeigt, mit denen die österreichische Bauernschaft zu kämpfen hat. Ich darf schließen mit der Bitte an die zwei anderen Bünde, die Landwirtschaft in ihrem schweren Kampf zu unterstützen. Wir müssen leider feststellen, daß wir in der Vergangenheit diese Unterstützung nicht immer gefunden haben, aber im Interesse der gemeinsamen Sache wird es notwendig sein, daß wir in den kommenden Monaten in dem großen Kampf, der um die Mehrheit in Österreich und um die Regierung geht, eine gemeinsame Front bilden. Ich bin der Ansicht: Wenn draußen das Dorf versagt, dann sind wir alle verloren. Daher müssen wir uns dort, wo die Sozialisten ihren Angriff konzentrieren, zum Gegenstoß wenden, denn ich bin überzeugt, dort, wo gemeinsam gearbeitet wird, dort wird es möglich sein, weiterhin ein freies Österreich unter der Regierung der Volkspartei zu erhalten. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. K l a u s : Ich danke dem Herrn Minister für seine Ausführungen. Ich bitte, noch etwas Geduld zu haben und heute vormittag noch das Referat des Herrn Landeshauptmannes Wagner über den Österreichischen Wirtschaftsbund zu hören. (Beifall.)

Der Österreichische Wirtschaftsbund

Referent Landeshauptmann Kommerzialrat W a g n e r : Hoher Bundesparteitag! Meine geehrten Damen und Herren! Mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Zeit möchte ich Sie nicht lange aufhalten, indem ich Ihnen viele Zahlen über die Mitgliederbewegung unseres Bundes bringe. Ich kann Ihnen nur versichern, daß es uns gelungen ist, unsere Organisation weiter auszubauen und zu stärken. Wir sind dadurch jederzeit in der Lage, die Interessen der gewerblichen Wirtschaft im Rahmen unserer Partei zu vertreten. Die Stärke noch weiter auszubauen, wird die Zukunftsaufgabe unseres Bundes sein.

Die bündische Gliederung der Österreichischen Volkspartei wird von unseren Gegnern oft als ein Beweis für die unserer Partei innewohnenden Interessengegensätze ins Treffen geführt. Man geht dabei von der irrigen Annahme aus, daß der Horizont unserer Bünde nicht weiter reicht als die reine Interessenpolitik bestimmter Bevölkerungsschichten oder Berufsgruppen. Ich möchte hier namens meines Bundes gleich eines klarstellen: es ist nicht unser Ehrgeiz, Wirtschaftsbundpolitik

zu betreiben, aber wir sind brennend daran interessiert, daß in Österreich eine gute Wirtschaftspolitik betrieben wird, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil auch die Sozialpolitik immer nur das ernten kann, was auf dem Felde der Wirtschaftspolitik gewachsen und gediehen ist.

Wir sind nicht so engstirnig, zu glauben, daß das letzte Ziel der Wirtschaftspolitik die dicke Brieftasche des Unternehmers ist. Wir sind allerdings auch nicht so naiv, zu glauben, daß die Geldbörse des kleinen Mannes gefüllt bleibt, wenn die Fabriken, Werkstätten und Geschäfte der privaten Wirtschaft schließen müßten. Wenn einmal die 1,6 Millionen Menschen, denen heute die private Wirtschaft Arbeit und Brot gibt, hilfeheischend vor den Kassen des Staates Schlange stünden, dann würde sich über Nacht herausstellen, daß der Staat als solcher machtlos ist, daß er für seine Bürger immer nur so viel tun kann, als die Wirtschaft für ihn zu tun vermag.

Die Arbeit in unserer Koalitionsregierung wäre viel leichter, würde in ihr nicht eine so eigenartige Arbeitsteilung herrschen: Die "Pittermänner" reisen im Lande umher und nehmen Bestellungen auf ein noch gar nicht vorhandenes größeres Sozialprodukt entgegen, Raab und Kamitz aber haben die wesentlich schwierigere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß dieses Sozialprodukt auch tatsächlich wächst. (Zustimmung.) So kommt es zu der grotesken Situation, daß diejenigen, die nur mit Versprechungen hausieren gehen, denjenigen, die für die Erfüllung dieser Versprechungen sorgen, auch noch zu lange Liefer-



fristen zum Vorwurf machen. Es bedarf hier wirklich einer großzügigen Aufklärungskampagne, um der Bevölkerung die Augen über diese sozialistische Demagogie zu öffnen.

Die von Männern des Österreichischen Wirtschaftsbundes maßgeblich mitbestimmte Wirtschaftspolitik der Österreichischen Volkspartei hat unserem Volk Güterfülle, Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, steigende Realeinkommen und größere soziale Sicherheit gebracht.

Das überparteiliche Institut für Wirtschaftsforschung hat errechnet, daß zwischen 1950 und 1957 die Realeinkommen der Arbeiter um 46 Prozent, die der Angestellten um 67 Prozent und die der Beamten um 83 Prozent gestiegen sind. Aus dem vor allem aus der Wirtschaftsbelebung gespeisten öffentlichen Haushalt flossen im Vorjahr den privaten Haushalten an Pensionen, Renten, Fürsorgeleistungen, Unterstützungen und Beihilfen 14,4 Milliarden Schilling zu. Die Lohn- und Gehaltssumme der gewerblichen Wirtschaft ohne Industrie erreichte im Vorjahr rund 22 Milliarden Schilling. Die Lohn- und Gehaltssumme der Industrie, von der nur ein Viertel auf verstaatlichte Betriebe entfällt, erreichte fast 15 Milliarden Schilling.

Die gewaltigen Leistungen unserer Wirtschaft dürfen freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß zehntausende kleine Selbständige nicht nur keinen goldenen, sondern nicht einmal einen festen Boden unter den Füßen haben und ins Neoproletariat der Familien- und Ein-Mann-Betriebe mit 16 Stunden-Arbeitstag, unbezahlten Überstunden und selbst bezahlten Urlaubs- und Feiertagen abzugleiten drohen.

Es wäre nicht nur inkonsequent, sondern geradezu ein gesellschaftspolitischer Wahnwitz, wollten wir, die wir die Eigentumsstreuung predigen, das in den Klein- und Mittelbetrieben schon jetzt breit gestreute persönliche Eigentum zugrunde gehen lassen. So ehrlich wir uns zur Wiederaufforstung des Eigentums durch Eigentumswohnungen und Volksaktien bekennen, so kompromißlos müssen wir auch die kollektivistische Versteppung bekämpfen, der die in den Nachkriegsjahren steuerlich ausgebluteten, ERP-hilfelosen und kreditarmen Kleinbetriebe im Ansturm des Konsumkonzerns, der Regiebetriebe der öffentlichen Hand und anderer Mammutorganisationen zu erliegen drohen.

Vergessen wir nicht, daß zu den Quellen, aus denen der Reichtum der Nation fließt, nicht nur Erdöl und Wasserkraft gehören, sondern auch jene menschlichen Fähigkeiten, die sich schon bei der selbständigen Führung des kleinsten Betriebes entfalten können. Diejenigen, die heute die wirtschaftliche Euthanasie des angeblich nicht mehr lebensfähigen Greisslers verlangen, würden morgen auch den Inhaber des Großgewerbebetriebes zum alten Eisen werfen. Wo aber zwischen Facharbeiter und Manager will man dann noch Selbständigkeit kultivieren?

Daß die Zukunft nur mehr dem Großbetrieb gehört, ist eine längst überholte Hypothese. Gerade in den fortschrittlichsten Industriestaaten nimmt die relative Bedeutung des eigentlichen Produktionsprozesses ab, während die der Forschung, der Werbung, des Verkehrs, des Geld- und Kreditwesens, des Handels,



der Dienstleistungsgewerbe, insbesondere der Reparatur, des Service und des Fremdenverkehrs ständig zunimmt. Aber auch innerhalb des eigentlichen Produktionsprozesses nimmt die Bedeutung der Zulieferer für den Großbetrieb zu. Was für die Klein- und Mittelbetriebe getan wird, ist also auch auf längere Sicht durchaus keine Fehlinvestition.

Die zukünftige Entwicklung wird auch in der gewerblichen Wirtschaft im Zeichen eines ständig steigenden Kapitalaufwandes je Arbeitsplatz stehen. Nur wer sich diesen Kapitalaufwand leisten kann, wird auf dem österreichischen Markt, der immer mehr zum europäischen Markt werden wird, wettbewerbsfähig sein. Kapitalbildung und -beschaffung ist das Kernproblem unserer gesamten Wirtschaftspolitik und der mittelständischen Wirtschaft im besonderen.

Wie modern unsere Betriebe ausgestattet sein müssen, um wettbewerbsfähig zu sein, das ist heute keine österreichische Privatangelegenheit mehr. Der Anteil des Exports an unserem Sozialprodukt ist von 14 Prozent im Jahre 1937 auf 24 Prozent im Vorjahr gestiegen. Allein der Export in die Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft entspricht rund 10 Prozent unseres Sozialproduktes. Die Zukunft wird auf jeden Fall eine noch engere wirtschaftliche Verflechtung der europäischen Staaten bringen und für den österreichischen Unternehmer wird der Grundsatz gelten: "Eine Ware, mit der du dich nicht auf dem europäischen Markt behaupten kannst, mit der werden dir die anderen europäischen Erzeuger auf dem österreichischen Markt Konkurrenz machen."

Wir haben auf dem Gebiet der Kapitalbildung und -beschaffung seit dem letzten Bundesparteitag schon beachtliche Fortschritte gemacht. Ich erinnere hier nur an die dreimalige Einkommensteuersenkung, die Bewertungsfreiheit und die Aktivierung des Kapitalmarktes für Obligationen. Aber hier in Innsbruck, in der unmittelbaren Nachbarschaft der Bundesrepublik und der Schweiz, darf es nicht verschwiegen werden, daß die Möglichkeiten der Kapitalbildung und -beschaffung bei uns noch lange nicht westeuropäisches Niveau erreicht haben.

Was die Klein- und Mittelbetriebe betrifft, so möchte ich hier nur kurz folgende Tatsachen hervorheben:

1. Neben der Einkommensteuer gibt es die Zusatzsteuer der Gewerbesteuer, die gerade in den unteren Einkommensgruppen heute eine größere Härte darstellt als die dreimal gesenkte Einkommensteuer.

2. Die Umsatzsteuer, die von ursprünglich 1 Prozent für eine Phase auf 5,25 Prozent gestiegen ist, stellt gleichfalls eine Benachteiligung der kleinen, einstufigen Betriebe im Vergleich zu den mehrstufigen Vertikalkonzernen dar.

3. Die Bewertungsfreiheit stellt für Kleinbetriebe mit Zwerggewinnen praktisch keine Investitionsbegünstigung dar. Erst durch eine Begünstigung nicht entnommener Betriebserträge könnte sich der für Investitionen notwendige Betrag ansammeln.

4. Das Kreditproblem ist für den Kleinbetrieb nicht über den normalen Bankkredit zu lösen. Hier müssen Sonderkreditaktionen in die Bresche springen. Gleichwohl könnte eine Aktivie-



rung des Kleinaktiensparens, das den Großbetrieben neben der steuerbegünstigten Selbstfinanzierung und dem Bankkredit eine dritte Investitionsfinanzierungsmöglichkeit eröffnet, indirekt auch den nur auf Selbstfinanzierung und Kredite angewiesenen Klein- und Mittelbetrieben eine Erleichterung bringen.

Die diese Schwerpunkte betreffenden Anträge wurden von uns in den Unterausschüssen für Allgemeine Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik, Handel und Gewerbe, Mittelstand und Industrie gestellt. Die wichtigsten von ihnen wird auch noch der Berichterstatter des volkswirtschaftlichen Ausschusses zur Sprache bringen.

Seit dem letzten Bundesparteitag ist es uns auch gelungen, das brennende Problem der Altersversicherung der selbständigen Erwerbstätigen und ihrer Gleichstellung mit den Unselbständigen in der Familienpolitik zu lösen. Was ich eben über das Problem der Kapitalbildung und -beschaffung in den Klein- und Mittelbetrieben ausführte, ist zum Teil auch ein Motiverbericht für das Problem der Altersversorgung. Die vor den beiden Weltkriegen übliche individuelle Altersvorsorge war nichts anderes als die Bildung eines Kapitals, von dem man dann im Alter leben konnte. Sowohl in der Form des Geldes als auch in der Form des Hausbesitzes ist dieses Kapital entwertet worden, und es war deshalb notwendig, die entwertete individuelle Vorsorge durch eine solidarische zu ersetzen. Bis zum Ende dieses Jahres werden mehr als 100.000 Selbständige

der gewerblichen Wirtschaft in den Genuß der gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherung kommen. Diese Altersversicherung stellt für viele zehntausende ältere Selbständige eine unentbehrliche Absicherung gegen das Risiko der Erwerbsunfähigkeit im Alter dar und gibt gleichzeitig zehntausenden jüngeren Kräften die Bewährung als Selbständige.

Das alles bedeutet natürlich nicht, daß wir die Rentnermentalität und den Versorgungsstaat zu Punkten unseres Programmes gemacht haben. Der Selbständige der Zukunft soll zu größeren Hoffnungen als zu der Hoffnung auf eine Rente berechtigt sein. Er soll an die Modernisierung, Besserausstattung und Erweiterung seines Betriebes denken, aber auch für sich und seine Kinder etwas beiseitelegen können. Letzteres soll ja auf Grund unseres Programmes der Eigentumsstreuung auch der Arbeiter und Angestellte tun können. Es kann unserer Meinung nach nur nützlich sein, wenn zu der Sicherheit durch Versicherung auch noch die Sicherheit durch Eigentum kommt; das wird unser Sozialversicherungssystem davor bewahren, einen anmaßenden Amtscharakter anzunehmen.

Wir müssen uns überhaupt darüber im klaren sein, daß wir unsere wirtschaftliche, aber auch unsere persönliche und staatsbürgerliche Freiheit nur bewahren können, wenn wir gefährliche Machtzusammenballungen vermeiden. Die größte und damit gefährlichste Machtzusammenballung findet sich bei uns dort, wo der Staat selbst Unternehmer ist. Das Aktienkapital, das sich in den Händen des Staates befindet, belief sich Ende 1957 auf 5,2



und einschließlich der Subbeteiligungen verstaatlichter Aktiengesellschaften auf 6 Milliarden Schilling oder ein Drittel des gesamten Aktienkapitals. Dabei sind die Schillingöffnungsbilanzen der größten verstaatlichen Betriebe noch nicht berücksichtigt.

Die Nationalratswahlen des Jahres 1956 haben gezeigt, daß unsere Bevölkerung die Gefahren des Staatskapitalismus erkannt hat. Daraufhin hat die SPÖ in ihrem neuen Programm dem Staatskapitalismus schamhaft das Feigenblatt der "Gemeinwirtschaft" umgehängt, doch das 'Gemeine' an dieser 'Gemeinwirtschaft' ist und bleibt das Kollektiv! Jeder Blick über den Eisernen Vorhang hinweg belehrt uns eines Besseren. Wo immer das persönliche Eigentum an Produktionsmitteln in die Klauen des Kollektivs geriet, wurde der Staat allmächtig und der Staatsbürger zum Sklaven der staatsbeherrschenden marxistischen Partei. Wenn die Opfer der ungarischen Volkserhebung einen Sinn haben, dann den einer Warnung: Laßt euch durch keine Schalmeienklänge, auch nicht durch 'sozial-demokratische' von unserem Wirtschaftskurs in eine östliche Richtung ablenken. Wer dem Lockruf der "Gemeinwirtschaft" folgt, wandert über das Niemandsland des Kollektivs in den Kerker des totalen Staates! (Beifall.)

Zum Schluß noch eines: Es ist selbstverständlich, daß in einer Volkspartei, in einer Partei, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, alle Schichten des Volkes zu vertreten und auf der Grundlage des Solidarismus, des gegenseitigen Verstehens



und der gegenseitigen Achtung eine wirkliche Volkspartei zu sein, Gegensätze gibt, die naturbedingt sind. Wir vom Österreichischen Wirtschaftsbund sind optimistisch, und wir sind der Ansicht, daß diese Gegensätze, die nicht wir gemacht haben, sondern die aus der Entwicklung herkommen, zu überbrücken sind und überbrückt werden müssen, wenn wir davon überzeugt sind und verbunden sind durch die gemeinsame Verantwortung für unseren Staat und durch die gemeinsame Liebe zu unserem Vaterland Österreich. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. K l a u s : Ich danke Herrn Landeshauptmann Wagner für sein ausgezeichnetes Referat.

Die Referate unserer drei Bünde haben eines gezeigt: Jeder Bund ist eine Individualität, aber auf den anderen und auf das Gleiche abgestimmt. So ist es in unserer Volkspartei: wie drei Glocken, die aufeinander abgestimmt sind, trotzdem ein Geläute, in einem Turm alle eingehängt, und sie künden den Stundenschlag der Zeit in Österreich. (Beifall.)

Ich verkünde nun die Orte, wo die Kommissionen tagen werden. Die Mandatsprüfungskommission und die Antragsprüfungskommission treten um 4 Uhr hier in diesem Gebäude, im Kleinen Stadtsaal zusammen, und zwar die Antragsprüfungskommission links oben, die Mandatsprüfungskommission rechts, ganz unten.

Damit, sehr verehrte Gäste und Delegierte, sind wir am Schlusse unserer heutigen Vormittagsberatungen. Die Nachmittag-

sitzung beginnt pünktlich um 15 Uhr. Ich bitte alle Delegierten, sich rechtzeitig einzufinden, und bemerke, daß in der Nachmittagsitzung den Vorsitz der Herr Landesparteiobmann von Kärnten, Landtagspräsident Gruber, führen wird.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung der Sitzung: 12 Uhr 55 Minuten  
=====

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL  
=====

des

7. Bundesparteitages

der

Österreichischen Volkspartei

in

Innsbruck - Stadtsäle

28. bis 30. November 1958

3. Tag

Kundgebung



Inhalt

	Seite
<u>Ansprache des Landesparteiobmannes von Tirol</u>	
Landesrat Dr. Oberhammer .....	398
R e d n e r :	
<u>Landeshauptmann Dr. Tschiggfrey</u> .....	399
<u>Bundestagsabg. Kiesinger</u> .....	409
<u>Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Raab</u> .....	420
<u>Landesparteiobmann LR. Dr. Oberhammer</u>	
(Schlußwort) .....	442

=====

Beginn der Kundgebung: 10 Uhr 10 Minuten

Vor Eröffnung der Kundgebung spielt die Stadtmusikkapelle Mariahilf (Grünjacken) den Marsch "O du mein Österreich". Sodann ergreift der Obmann der Kapelle Hermann Tomasegli das Wort zu einer kurzen Ansprache. Er erinnert an die Zeit, da die Stadtmusikkapelle in finanzieller Bedrängnis war und dass es Bundeskanzler Raab war, der ihr auf ihre Bitte um Hilfe tatkräftig Unterstützung zuteil werden liess. Die Stadtmusikkapelle habe daher einstimmig beschlossen, "ihrem lieben Freund", Bundeskanzler Raab, die Ehrenmitgliedschaft zu verleihen.

Unter lebhaftem Beifall überreicht er dem Bundeskanzler das Diplom über die Ehrenmitgliedschaft. Die Kapelle spielt den Andreas Hofer-Marsch.



Vorsitzender Landesparteiobmann Landesrat Nationalrat

Dr. Oberhammer: Hoher Bundesparteitag! Der 7. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei geht zu Ende. Lange wurde darauf gerüstet im Geistigen, im Technischen, im Organisatorischen. Der Tagungsort war mehr als einmal in Frage gestellt: die weite Reise nach Tirol, das teure Innsbrucker Pflaster (Heiterkeit) und schliesslich sogar das Wetter. Schliesslich war es aber doch so weit. Ich muss hier ein paar ganz offene Worte sagen:

Bundesparteitag in Innsbruck - da dachte ich zunächst an unsere Südtiroler. Sie sollten sich einmal unter uns ganz wohl und ganz heimisch fühlen. Dann dachte ich an unsere vielen kleinen und kleinsten Funktionäre, die einmal wissen sollten, was diese Partei ist mit dem ganzen grossen Reichtum ihrer hervorragenden Frauen und Männer. Ich muss Ihnen gestehen, es ist viel mehr geworden, als ich hoffen konnte.

Der Bundesparteitag begann - die Messe in der Grabeskirche des Letzten Ritters - die Bischofswofte - die Tore des Bundesparteitages öffneten sich. Freunde waren gekommen aus fast ganz Europa - wohlbekannte, vertraute Gesichter, aber auch neue, viele neue Gesichter.

Der erste Tag liess spüren, dass das eine Partei der grossen Spannungen war. Da und dort im Saal zuckten verschiedene Meinungen auf, auseinandergelungene Auffassungen. Aber dann wurde tiefer gegraben. Schon leuchteten die Goldadern der Grundsätze herauf: Graf, Maleta, Kamitz, Drimmel, und schliesslich hörten wir gestern abend den Herzschlag für Österreich aus den Schlussworten Julius Raabs. Und da geschah etwas Sonderbares. Sie alle, die aus nah und fern gekommen waren, aus dem Burgenland am

Eisernen Vorhang, aus Vorarlberg, aus dem sonnigen Kärnten mit seinen blauen Bergen, aus den Stammlanden Ober- und Niederösterreich, aus dem bischöflichen Salzburg, aus der hammerreichen Steiermark und aus der alten, ewig jungen Kaiserstadt an der Donau, sie alle waren auf einmal Freunde geworden, Brüder! Für diese grosse Überzeugung des Einsseins, für dieses unzerreissbare Band, das uns alle umschlingt, dafür meine lieben Freunde, möchte ich diesem 7. Bundesparteitag in Innsbruck aus tiefbewegtem Herzen Dank sagen. Dieses Arm-in-Arm ist das sicherste Unterpfand für den Bestand und für die Zukunft unserer Partei.

In diesem Geiste, meine lieben Freunde, erlauben Sie mir, dass ich heute diesen letzten Akt unseres 7. Bundesparteitages der Österreichischen Volkspartei eröffne.

Entschuldigen Sie, dass ich niemanden begrüsse, aber wir sind mitten unter uns, wir alle sind Funktionäre, Diener dieser grossen Partei, Diener an der grossen Sache Österreich!

Und damit darf ich den Herrn Landeshauptmann Dr. Tschiggfrey bitten, das Wort zu ergreifen. (Beifall.)

Landeshauptmann Dr. T s c h i g g f r e y (mit Beifall begrüsst): Herr Bundeskanzler! Verehrte Festgäste! Liebe Parteifreunde! Mit grosser Freude entbiete ich herzlichen Gruss im Namen Tirols. Wir Tiroler betrachten es als Ehre und Auszeichnung, dass der Bundesparteitag 1958, der für die zukünftige Arbeit von so grosser Bedeutung ist, in unserem Lande stattfindet. Ein besonders herzliches Grüssgott sei unserem verehrten Parteiohmann, Bundeskanzler Raab, gesagt.



Er ist ein alter Freund unseres Landes, und wir freuen uns immer, wenn er zu uns kommt, um wichtige Angelegenheiten an Ort und Stelle zu bereden und in unseren Bergen neue Kraft für sein schweres Amt zu holen.

Tirol ist Österreichs Felsenburg. Nach allen Richtungen der Windrose führen aus diesem Land wichtige Verkehrsverbindungen in die Welt. Wie das Land durch seine Berge, sind seine Menschen durch ihre Freiheitsliebe bekannt. Schon zur Zeit, als anderswo das böse Wort umging "der Baur ist an des Ochsen statt - nur daß er keine Hörner hat", gab es in Tirol einen freien Bauernstand, der die Geschicke des Landes mitbestimmte und im Landtag neben den anderen Ständen von altersher Sitz und Stimme hatte. Die Tiroler Demokratie gehört zu den ältesten Demokratien Europas.

Bald werden 600 Jahre voll, seitdem Tirol zu Österreich gehört. Freude und Leid, Glück und Heimsuchung haben wir in diesen sechs Jahrhunderten miteinander getragen. "Österreichs Herz und Schild" wurde Tirol von Kaiser Maximilian genannt, "ein rauher Kittel mit gar vielen Falten, darin man sich aber baß erwärmen mag."

Der Untergang des alten Donaureiches hat jeden Österreicher, Tirol aber doppelt getroffen. Seither gehen grausame Schlagbäume mitten durch das Land. Als zwanzig Jahre später Österreich als selbständiger Staat überhaupt ausgelöscht wurde, wurde Tirol ein weiteres Mal zerrissen und geteilt. Nach der schrecklichen Katastrophe des zweiten Weltkrieges aber kam der Tag, an dem unser Vaterland Österreich aus Schutt und Asche wiederum erstand, an dem der Abzug der Besatzungen wahre Freiheit brachte.

Welchen Weg hat doch dieses Österreich - von Gott immer wieder besonders geprüft und besonders gesegnet - seither genommen! Wie oft mußte man nach dem ersten Weltkrieg die bange oder hämische Frage hören: Ist Österreich lebensfähig?-Heute wird diese Frage von niemand mehr gestellt. Nicht nur das österreichische Volk, die Welt glaubt heute an diesen Staat.

Wie ein Wunder ist es, nach der furchtbaren Not und dem Elend der Kriegszeit und der unmittelbaren Nachkriegszeit, wie ein Wunder: Die Schäden sind beseitigt, überall neue Häuser, neue Schulen, neue Kirchen, neue Fabriken, neue Werke, neue Straßen, neue Brücken. Es gibt Arbeit und Brot für alle, unsere Währung ist gesichert, die Produktivität ist gestiegen, die Hektarerträge haben zugenommen, das Sozialprodukt hat sich erhöht. Österreichische Waren gehen in alle Welt, Gäste kommen aus aller Welt und bringen Devisen; Flüsse und Bäche, die früher nichts anderes als Not und Verwüstung zu Tale führten, liefern wertvolle elektrische Energie, und in den Tagen der Suezkrise haben wir mit aller Eindringlichkeit gesehen, welchen Schatz Österreich in seinem Erdöl besitzt.

Die großen Erfolge der Nachkriegszeit wären undenkbar ohne den Bestand und das Wirken der Österreichischen Volkspartei. Daß der Mann schaffen, die Jugend hoffen und das Alter den Lebensabend in Sicherheit genießen kann, ist das Ziel der Arbeit all der Frauen und Männer, die in ihren Reihen tätig sind. Ein allzeit getreuer Ekkehard, steht sie für unser Vaterland auf Wacht und führt es sicher und unbeirrbar durch den Nebel und über die Abgründe der Zeit.



Gewaltige Aufbauarbeit ist also in den dreizehn hinter uns liegenden Jahren geleistet worden. Das aber besagt nicht, daß man nun die Hände feiernd in den Schoß legen darf. Der neue Tag stellt neue Forderungen. Neue Probleme sind anzugehen, angegangene der Lösung näher zu bringen. Große Gefahren stehen noch immer am Horizont. Unbesonnenheit und Bequemlichkeit können vom rechten Weg abkommen lassen, Rückschläge bringen und Erreichtes, gesichert Geglaubtes zunichte machen. Immer, zu jeder Stunde, muß man die Augen offen und die Hand an Rad und Pflug haben.

Die Erhaltung und Sicherung der menschlichen Freiheit ist das Grundproblem unserer Zeit. Werden wir dieses kostbare Gut zu erhalten vermögen oder müssen wir absinken zu seelenlosen Robotern einer gigantischen Staatsmaschinerie, zu stummen Dienern des Kollektivismus? Das ist die Frage, um die sich alles dreht, die jedermann bewegen muß. Nie zuvor war es möglich, den Menschen so lückenlos zu erfassen und bis ins letzte zu beherrschen wie in unserem technischen Zeitalter. Es heißt mit ganzer Kraft sich wehren gegen die alles erfassende, alles unifizierende Automatik eines Superstaates.

Die andere österreichische Großpartei hat sich in diesem Jahr ein neues Programm gegeben. Ein Programm mit vielen Schlagworten für die verschiedenartigsten Geschmäcker. Entscheidend ist, daß aus diesem Programm das Leitbild des Kollektivismus mit seinen Sozialisierungsbestrebungen, Planwirtschaftsvorstellungen, Verstaatlichungstendenzen allenthalben hervorleuchten.



Es geht darum, in welchem Geist das Antlitz der Heimat endgültig geprägt wird. Daß dies nicht im Sinne des Kollektivismus geschieht, dafür steht die Österreichische Volkspartei. Die ÖVP verbürgt, daß nicht der Mensch verstaatlicht, sondern der Staat vermenschlicht, daß die Freiheit des Menschen gesichert wird und gewahrt bleibt. Sie entspricht damit Postulaten des Naturrechts und des Christentums.

Im Kampf gegen den Kollektivismus und im Ringen um die Erhaltung der Freiheit des Menschen erblicken wir in den Prinzipien des Föderalismus einen Bundesgenossen erster Ordnung. Der auf den Grundsätzen des Naturrechts basierende Föderalismus hat jenes universale politische Gefüge zum Gegenstand, das sich von der Person und der Familie über Gemeinde und Land bis zum Staat und zur überstaatlichen Gemeinschaft erstreckt. Jeder Gemeinschaftskreis hat seinen besonderen Zweck, seine besonderen Aufgaben, sein besonderes, ursprüngliches Recht. Das Subsidiaritätsprinzip, das in der Enzyklika Quadragesimo Anno als oberstes sozialphilosophisches Prinzip und von Soziologen als der Fels im Meer bezeichnet wird, an dem die kollektivistischen Strömungen sich brechen, ist tragende Säule des föderalistischen Gesellschaftsaufbaues. Wir wissen, daß nach diesem Prinzip dem Einzelmenschen nicht durch die Gesellschaft und kleineren Gemeinschaften, nicht durch größere Gemeinschaften entzogen werden darf, was sie aus eigener Initiative und mit eigener Kraft zu leisten vermögen.

Demokratie ist die kulturell fortgeschrittenen Völkern angemessene Staatsform. Aber nicht jede Form von Demokratie

kann gutgeheißen und bejaht werden. Als vorzüglichste Äußerung über wahre und falsche Demokratie gilt, was Pius XII 1944 in seiner Weihnachtsbotschaft gesagt hat. Darin stellte der Papst die auf dem Staatsvolk organisch aufgebaute Demokratie der mechanischen Massendemokratie mit ihrer formlosen Anhäufung von Einzelpersonen gegenüber. Die Rechte der Person, so sagte er, und die Stärke der Selbstverwaltungskörper sind Kennzeichen gesunder Demokratie.

Unsere Nachbarin, die Schweiz, hat sich seit Jahrhunderten als Musterland wirklicher Demokratie bewährt. Deshalb tun wir gut daran, die klassisch gewordene Kritik zu beherzigen, die der berühmte Luzerner Rechtshistoriker und Staatsmann Anton Segesser an der auf den Prinzipien der Französischen Revolution beruhenden Formaldemokratie geübt hat. Segesser sagt: "Je mehr der Begriff des Staates alle Seiten des Lebens absorbiert, desto absoluter wird die Macht der Demokratie werden. Nur die vom Solidaritätsprinzip gestaltete föderale Demokratie ist der 'Moderator der absoluten Gewalt'. Je mehr die Zwischenstufen der Gemeinde, der Kantone, in welchen das Individuum seinen natürlichen Halt hat, an selbständiger Bedeutung verlieren, desto hilfloser steht der Bürger mit all seinen papierenen Grundrechten der Staatsgewalt gegenüber... Was ist das Schweizer Volk anderes als eben das Volk der Kantone? Und was sind die Kantone in ihrer Vereinigung anderes als das schweizerische Vaterland ... Ohne Freiheit gäbe es keine Schweiz, selbst wenn die Integrität des schweizerischen Territoriums weiter bestünde ..."



Unser Vaterland Österreich ist ein Bundesstaat. Das föderalistische Prinzip ist verfassungsmäßig verankert. Wesen und Werden der österreichischen Länder sind von unserem berühmten Tiroler Landsmann Prof. Ficker folgendermaßen dargelegt worden: "Österreich besteht nicht aus Provinzen, deren Gestaltung und Abgrenzung von oben herab diktiert wurde, es besteht aus Ländern, die sich gebildet haben auf der Grundlage nationaler oder stammlicher Verschiedenheiten, natürlicher Abgrenzungen oder geschichtlicher Wechselfälle längst vergangener Zeiten; aus Ländern, deren Namen und Grenzen zum Teil hineinreichen bis in die frühesten Zeiten des Reiches, welche mit ihm entstanden, aber nicht mit ihm gefallen sind und zähe Lebenskraft bewahren ..."

Der Föderalismus ist nicht Relikt einer untergegangenen Epoche. Vielleicht ist er gerade in unserer Zeit, in der interkontinentale Geschoße nicht nur in utopischen Büchern geistern und andererseits weltweite Nutzung der Atomkraft auf der Tagesordnung steht, aktueller denn je. Föderalistischer Prinzipien kann nicht entraten, wer sich die Integration Europas zum Ziele setzt. Eine Einigung Europas ist nur in föderalistischem Sinne denkbar.

In aller Öffentlichkeit muß gesagt werden, daß die Entwicklung in Österreich während der hinter uns liegenden Jahre durchaus nicht in allem föderalistisch vor sich gegangen ist. Die Änderungen und Unterhöhungen des föderalistischen Charakters unserer Bundesverfassung, wie wir sie in den letzten Jah-

ren manchesmal erleben mußten, dürfen nicht weitergehen, da wir nunmehr selbst die Herren im Lande sind und auf den Einfluß anderer Mächte nicht mehr Rücksicht zu nehmen brauchen. Wir haben uns sehr gefreut, als Sie, lieber Herr Bundesobmann, eine Umgestaltung des Bundesrates in eine echte Länderkammer als notwendig bezeichneten, und wir wollen hoffen, daß der Tag nicht mehr fern ist, an dem es möglich sein wird, diese Umgestaltung zu vollziehen. (Beifall.)



Mit Befriedigung stellen wir fest, dass Österreich zu jenen Staaten gehört, die sich den Zusammenschluss der europäischen Länder besonders angelegen sein lassen. Ist doch Österreich jenes Land, das - ein kleines Europa - in der Vergangenheit das Zusammenleben von einem Dutzend Nationen auf seinem Territorium zu Nutz und Frommen der einzelnen Teile wie der Gesamtheit so lange praktizierte.

Ein Problem von europäischer Bedeutung ist Südtirol geworden. Ist es nicht ein schrecklicher Widerspruch, dass in einer Zeit, in der Selbstbestimmung im fernsten Winkel der Welt die Parole ist, jenem Land im Herzen Europas die Sicherung seiner elementaren Lebensrechte vorenthalten wird, das Freiheit so lange kennt wie wenige andere Länder in Europa und das in der Verteidigung dieser Freiheit der ganzen Welt ein Beispiel gab? Im kommenden Jahr begeht Tirol mit ganz Österreich die 150-Jahrfeier der Erhebung von anno neun. Die hauptsächlichsten Impulse zu diesem Freiheitskampf sind von Südtirol ausgegangen. Die berühmtesten Anführer des Freiheitskampfes - Andreas Hofer, Peter Mayr, Pater Haspinger und andere - stammen aus Südtirol. Es ist einfach nicht mehr zu ertragen, dass dieses herrliche, geliebte Land nicht endlich die ihm vertraglich zugesicherten Rechte erhält. Wir sind es unseren Brüdern schuldig, dass endlich alles geschieht, die Zukunft des bodenständigen Südtiroler Volkes zu sichern. Tröstende und vertröstende Worte wurden genug gesprochen.

Jede Zeit hat ihre erfreulichen, jede Zeit ihre unerfreulichen Erscheinungen. Krasser Egoismus und Materialismus sind besonders unerfreuliche Erscheinungen unserer Zeit. Ihnen entgegenzutreten ist unpopulär, aber notwendig. Eindringlich ist

darauf hinzuweisen, dass der höhere Lebensstandard grössere moralische Verpflichtungen auferlegt. Auf der Jagd nach Materiellem übersehen allzu viele die geistigen Güter und die in Bilanzen und geschäftlichen Erfolgsaufstellungen nicht zutage tretenden Werte.

Ich kann diese Stunde nicht ohne Worte des Dankes an unseren Herrgott lassen. Gerade in unserer Zeit hat sich gezeigt, dass er, wie es tirolerisch heisst, sinken, aber nicht ertrinken lässt. Sein Beistand hat unser Vaterland wieder auferstehen und ausweglos scheinende Situationen überwinden lassen.

Eine Freude ist es, die gläubige Liebe der jungen Generation zu ihrem österreichischen Vaterland zu sehen. Da sind sie heimgekommen aus Schützenlöchern und Gefangenenlagern, da gehen sie hervor aus Schulen und Werkstätten, bereit, das Morgen zu gewinnen, froh den Blick in die Zukunft gerichtet unter der Fahne rot-weiss-rot. Ihnen, Herr Kanzler, möchte ich Dank sagen im Namen des Landes Tirol. Wir wissen, was wir an Ihnen haben und was Sie für uns tun, dass man sich auf Ihren klaren Blick und Ihre energische Hand jederzeit verlassen kann. Möge der Herr Ihr Werk weiterhin segnen und unter einen guten Stern stellen!

Die Heimat ruft. Ihr Freunde, auf zu neuem Tun! (Starker Beifall.)



Vorsitzender Landesrat Dr. Oberhammer: Ich danke dem Herrn Landeshauptmann für seine klaren und eindeutigen Worte über den Standpunkt Tirols.

Wir gehen nun in der Tagesordnung weiter, und ich darf den Fraktionsführer der christlich-demokratischen Parteien im Europarat in Straßburg, Herrn Bundestagsabgeordneten Kiesinger, bitten, das Wort zu nehmen.

Bundestagsabgeordneter Kurt Georg Kiesinger  
(mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Exzellenzen! Meine Damen und Herren! Es ist für mich eine hohe Ehre und eine herzliche Freude, auf dieser Schlußkundgebung Ihres Parteitages einige Gedanken zu dem Thema: „Die christliche Demokratie in Europa“ vortragen zu dürfen.

Christliche Demokratie, das erscheint manchem als eine gewagte, ja als eine vermessene Verbindung. Das kann allerdings, so meine ich, nur dem geschehen, der entweder zwischen Politik und Christentum keine Brücke zu finden weiß, oder dem, der die von der angelsächsischen Demokratie grundverschiedenen und zum Teil verhängnisvollen Entwicklungen der kontinental-europäischen Demokratie nicht überschaut.

Demokratie als die auf dem Prinzip der Volkssouveränität gegründete Herrschaft der wechselnden politisch organisierten Mehrheiten kann nicht den Anspruch erheben, daß sie die absolute, ausschließliche Staatsform sei. Sie ist nach meiner Meinung besser, als ihre Gegner es wahrhaben wollen, aber es sind andere Staatsformen denkbar, in denen das große Anliegen des Menschen: seine Freiheit und seine Würde, auch gesichert sind. Wir verbinden also in der Demokratie einen, wenn man so will, zeitgebundenen mit einem ewigen Wert, ein

situationsgebundenes Phänomen mit einer ewigen Pflicht und Wahrheit.

Die moderne Demokratie - mein Herr Vorredner sagte es schon - tritt uns in vielen Formen und Spielarten entgegen. Wir alle haben mit ihr zu tun als der Erscheinung des modernen Wohlfahrts- und Verbändestaates. Wir haben mit ihr zu tun als einem leider oft genug sich darstellenden Kompromißprodukt sozial mächtiger Organisationen und Interessengruppen. Aber es ist doch wahr, daß die Gerechtigkeit die Grundlage der Herrschaft ist, und so müssen Freiheit und Gerechtigkeit im modernen Staat durch eine nicht an Gruppeninteressen gebundene Autorität gesichert sein. Diese Autorität muß nach unserer Überzeugung auf ewigen Geboten, das heißt auf dem christlichen Sittengesetz, beruhen.

Dieses innere Phänomen, das wir alle vor uns haben, ist nach dem zweiten Weltkrieg in vielen europäischen Ländern erkannt worden, und man versucht, es zu bemeistern. Es ist das entstanden, was wir die europäische christliche Demokratie nennen können. Schwesterparteien in acht europäischen Ländern mit an die 40 Millionen und mehr Wählern haben sich organisiert, und sie alle versuchen vom christlichen Sittengesetz her und in der Erkenntnis dieses außerordentlich schwierigen und gefährlichen Phänomens der modernen wertneutralen Massendemokratie Staaten zu sichern, die imstande sind, die schwere Bewährungsprobe unserer Zeit zu bestehen.



Sie sind seit Jahren in der europäisch organisierten Nouvelle Equipe Internationale zusammengeschlossen. [In dieser Kampf-  
gemeinschaft sind aber auch Menschen vertreten, die die unter-  
drückten Völker jenseits des Eisernen Vorhanges repräsentie-  
ren. Sie dürfen wir nicht vergessen, vor allen Dingen hier  
in Österreich nicht, wenn auch die alte Donaumonarchie im  
Namen eines formelhaften Selbstbestimmungsrechtes, das ja dann  
doch nicht eingehalten wurde, zerschlagen wurde. (Lebhafte  
Zustimmung.) Sie dürfen gerade hier in Österreich nicht ver-  
gessen werden, denn mir schwebt vor, daß dieses Österreich  
als der Erbe einer großen, nicht an die verhängnisvolle Ent-  
wicklung des Nationalrates gebundene Tradition, vielleicht  
einmal in der friedlich rettenden Tat für die Völker drüben  
eine besondere Aufgabe haben wird.

Einer meiner Vorredner hat zu diesem inneren Problem  
vieles gesagt, mit dem ich mich in glücklicher Übereinstim-  
mung befinde. Darum erlauben Sie mir, daß ich neben das innere  
Problem das äußere stelle: die Frage, welcher Situation die  
westliche Demokratie in Europa gegenübersteht. Es gab einmal  
den Begriff der abendländischen Christenheit. Diese Realität  
wurde abgelöst durch das europäische Staatenkonzept und als  
gar dadurch die Demokratie von diesem europäischen Staaten-  
konzept Besitz ergriff, da begann das Unheil: alle standen  
widereinander<sup>d</sup>. Der europäische Bruderkrieg führte Europa in  
den Abgrund. Wir können vielleicht das Jahr 1917 als ein  
Schicksalsjahr für uns alle herausheben. Damals hat sich in  
Rußland der Bolschewismus durchgesetzt und damals intervenierte

zum erstenmal die andere heutige Weltmacht, die Vereinigten Staaten von Nordamerika in Europa.

Damals wetterleuchtete unser Schicksal auf, damals kündigte sich an, daß die Stunde des Endes der europäischen Vormacht in der Welt geschlagen hatte. Man hat es hinterher nicht verstanden, man hat in der Atempause zwischen 1918 und 1938 tapfer darauf losgesündigt, trotzdem genug prophetische Geister wußten, um was es sich handelt.

Ich denke immer wieder daran und zitiere immer wieder dieses geniale Wort des im besten Sinne des Wortes eigensinnigen großen Österreichers Grillparzer, dieses tief unheimliche Wort "von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität". Was hat er darunter verstanden? Nun, unter Humanität versteht er eben die Humanität, wie sie die Jakobiner verkündet haben, die freischwebende entbundene, nicht mehr dem Schöpfer verpflichtete Humanität, die nicht aufbauende, sondern die auflösende Humanität. Und von da an begann das Unheil in Kontinentaleuropa. Nicht alle Menschen wissen, daß es diesen grundsätzlichen Unterschied gibt. Es hat in England, es hat in den Vereinigten Staaten von Amerika niemals in der dortigen Demokratie ein antichristliches Ressentiment gegeben, bis auf den heutigen Tag nicht.



Aber die kontinental europäische Demokratie ist mit diesen antichristlichen Ressentiments angetreten.

Der frühe Liberalismus und der frühe Sozialismus glaubten beide, das Christentum wäre eine verschimmelte, überlebte Angelegenheit, gerade noch gut genug, über Bord geworfen zu werden, ob es der Graf Saint Simon war, der in seinem Buch über das Christentum schrieb, das Christentum wäre überholt, es müsse ersetzt werden durch den Sozialismus, ob es Karl Marx war, der die Religion als Opium für das Volk erklärte, ob es die Fortschrittsgläubigen des liberalen 19. Jahrhunderts waren, die glaubten, der auf sich selbst gestellte Mensch könne die Probleme meistern. Daraus entstehen unsere Probleme.

Es gibt manchmal Leute, die es einfach nicht verstehen - sie kommen meist aus England und Amerika -, was wir in Kontinentaleuropa uns unter christlicher Demokratie vorstellen. Hier müssen wir auf diesen geschichtlichen Gang der Dinge hinweisen und ihnen sagen, dass wir, die christlichen Demokraten Europas, versuchen, diesen geschichtlichen Fehllauf zu korrigieren. Nur so können wir diesen Leuten ein ernstes Verständnis für unser grosses Anliegen beibringen.

Als Christen müssen wir an die Demokratie auch Forderungen stellen. Dass wir jene Demokratie bekämpfen, die mit antichristlichen Ressentiments angetreten ist, ist klar. Wir müssen aber auch die Wertneutralität der Demokratie bekämpfen. Die Demokratie darf nicht wertneutral sein. Ich habe mit grosser Erschütterung gesehen, dass einer der grossen sozialistischen Führer, der edle Gustav Radbruch, am Ende seines Lebens in seiner letzten Vorlesung bekannte, dass er nun einsehe, dass er sein ganzes Leben etwas

Falsches gelehrt habe, eben die Wertneutralität der Demokratie, und dass die Demokratie nicht wertneutral sein dürfe, sondern dass ihr oberstes Anliegen die Freiheit sei. Ich glaube, wir würden etwas weitergehen. Wir würden sagen.: die Freiheit und die Gerechtigkeit.

Das haben wir nun nach aussen zu verteidigen, denn das alte Europa, das ja immerhin bis zum Ural reicht, ist heute zu einem riesigen Teil dieser Freiheit und dieser Gerechtigkeit beraubt. Meine Damen und Herren! Ich wage kein zu hohes Wort, wenn ich sage, daß ~~es~~ dieses alte Europa in seiner ganzen Geschichte noch nie so gefährdet war wie heute, wo der eine Teil bereits in Sklaverei lebt und der andere sich noch der Freiheit erfreut. Es ist manchmal schwer, das im Zeitalter der europäischen Hochkonjunktur einzusehen, wo es den Menschen gut geht. Die Menschen sehen nicht, dass niemals, auch nicht als die Hunnen über dieses Gebiet brausten, als die Sarazenen in Frankreich besiegt wurden, als die Ungarn auf dem Lechfeld geschlagen wurden, als die Mongolen in Schlesien aufgehalten wurden, als der Türkensturm sich vor den Toren Wiens brach, auch nicht im 30jährigen Kriege, auch nicht in der napoleonischen Zeit, dieses Europa so ganz und gar, so total bedroht<sup>ist</sup>. Diesmal würde ein Sieg des Gegners vollkommen Untergang bedeuten, nicht eine zeitgebundene Herrschaft eines fremden Tyrannen, sondern eine Umwandlung aller Werte, die Europa als Europa auslöschen würde.

Stalin hat einmal gesagt, Völker könne man nicht vernichten. Nun, wenn er es materialistisch meinte, mag es stimmen. Aber man kann Völker in ihrer Eigenart, in ihrem Eigenwert, in ihrem Besten und Teuersten vernichten, und der Bolschewismus unserer Zeit exerziert uns diese schauerliche Wahrheit nicht nur in Europa täglich vor.



Wie sollen wir dieser Gefahr begegnen? Das erste ist - ich habe keinen Zweifel -, dass wir den fanatischen Weltrevolutionären der bolschewistischen Ideologie etwas Stärkeres entgegenzusetzen. Und hier stocke ich. Was hat der Westen, was hat der freie Rest Europas dieser Ideologie entgegenzusetzen? Blicken wir um uns: Diese Vielfalt von Meinungen, diese Unfähigkeit zu echter Überzeugung, diese Angekränkeltheit von des Gedankens Blässe in den breiten Schichten Europas Intelligenz! Ich gestehe offen: Ich sehe in Europa nur eine grosse geistige Macht, die dieser bolschewistischen Ideologie entgegengesetzt werden kann, und das ist die Macht des Christentums! (Lebhafter Beifall.)

Die Gegner des Christentums in Europa - natürlich gibt es sie, und natürlich haben wir gegenseitig Toleranz zu üben - sollten wissen, was das Rettende auch für sie ist, und sie sollten sich sagen: **Ja** mehr christliche Substanz in Europa wächst, desto mehr geschieht das auch zu ihrem eigenen Heil. (Neuerlicher Beifall.)

Ich kann Ihnen keine umfangreiche Darstellung der Situation und keine umfangreichen Beweise der These geben, dass wir in unserer langen Geschichte noch nie so total gefährdet waren wie heute. Blicken Sie um sich: Nach dem zweiten Weltkrieg sind um uns herum Titanen aufgewachsen, nicht nur die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, wie schon ein Jahrhundert zuvor prophezeit war; schon wachsen vor unseren Augen andere Riesenmächte empor: Das rote, kommunistische China, wo 600 Millionen Menschen leben, in einem Jahrzehnt werden es über 1 Milliarde sein, und es wird dann ein industrialisiertes China sein, in dem die Schornsteine rauchen, in dem Millionen und aber Millionen Ameisen, emsige Arbeiter in diesem Sklavensystem, das dort herrscht - wenn es dann noch herrschen wird, leben. Aber damit hat es noch nicht sein Bewenden:

Indien - 400 Millionen dort -, Pakistan, die islamische Welt mit 300 Millionen. In Afrika brodelte es. Eben kam ich von einer Reise durch Lateinamerika zurück, wo auch ein solcher Grossraum zusammenwachsen will.

Wir leben im Zeitalter der Titanen, und wir Europäer sollten es uns genau überlegen, ob wir es wagen dürfen - und es geschieht noch immer -, uns gelegentlich noch Grossmacht zu nennen. Wir sind Zwerge geworden, auch die Grössten unter uns, in dieser Welt von Titanen.

Europa ist der Grossraum der Welt, der am empfindlichsten verbunden ist mit der übrigen Welt, der am stärksten von dieser übrigen Welt abhängt. Der Lebensstandard unserer Völker hängt davon ab, ob wir unsere Güter draussen absetzen können. Und deswegen müssen wir Europäer weltpolitisch denken. Wir dürfen uns nicht - auch nicht der kleinste europäische Staat darf sich das gestatten - zurückziehen in das Idyll, sondern wir müssen uns einfach hinauswagen in den eisigen Wind unserer heutigen Situation.

Und wenn es nur dies wäre, wäre unser Leben schon gefährlich. Aber es ist nicht nur das, sondern die eine der Titanenwelten, mit denen wir es zu tun haben, ist ja im Bunde mit jener weltrevolutionären Ideologie, von der ich gesprochen habe als der gefährlichsten Ideologie, die je in der Geschichte der Menschheit aufgetreten ist. Und doch **sieht** man überall bei uns die Versuche des Beschwichtigens: Es ist alles nicht so schlimm! Wenn ein berühmter Engländer sagt: Gott, die Mongolen damals, die waren schlimme Leute; aber nach wenigen Generationen waren sie kultiviert und die lebenswürdigsten Geschöpfe!, was geht dann Unheimliches vor? Was geschieht da mitten in Europa?



Wenn ich „mitten in Europa“ sage, so weise ich Sie darauf hin, daß dieser Kommunismus gar nicht nur im Osten, wie man immer sagt, sitzt, sondern er sitzt mitten in uns. In großen Staaten gewinnt die kommunistische Partei immer noch die größte oder fast die größte Zahl von Wählerstimmen, und das geschieht im Zeitalter der europäischen wirtschaftlichen Hochkonjunktur. Was würde geschehen, wenn es wirklich zu jenen zyklischen Krisen käme, auf die der Marxismus hofft? Wie würde genau wie nach dem ersten Weltkrieg die Flut des Radikalismus in diesem Europa ansteigen!

Das sind nur wenige Hinweise, meine Damen und Herren, Hinweise, die gedacht sind als aufrüttelnde Mahnung für uns alle. Ich weiß, daß wir in den westlichen Demokratien Europas dieser Mahnung nicht bedürfen. Wir haben das Gebot sehr früh erkannt, und aus unseren Reihen sind die führenden Persönlichkeiten hervorgegangen, die sich in den Dienst des rettenden Werkes der Einigung Europas gestellt haben. Denn dieses Europa muß geeinigt werden, wenn es nicht untergehen soll. (Starker Beifall.) Man kann über die Formen und Methoden streiten. Wir müssen versuchen, nicht zu nivellieren, wir müssen versuchen, aus der Geschichte heraus zu gestalten, und jedes Land hat den ihm eigenen Beitrag zu leisten.

Lassen Sie mich aber auch ein kurzes Wort hinzusetzen: Wir dürfen auch nicht so einigen, daß am Ende eine neue Teilung Europas entsteht. Ich will über dieses schwerwiegende Problem jetzt nicht sprechen; auch Ihr Land ist daran brennend interessiert. Wir müssen alle zusammenhelfen, um eine europäische Lösung zu finden, die zwar einen festeren und geschlosseneren Kern haben mag, wie es in der Europäischen

Wirtschaftsgemeinschaft, in dem Gemeinsamen Markt versucht wird, um den herum aber die ganze große europäische Familie und auch jene Mitglieder jener großen europäischen Familie sich einst scharen können, wenn sie ihre Freiheit wieder gefunden haben. Das ist die Aufgabe, die vor uns steht. (Beifall.)

Wie schwer diese Aufgabe ist, meine Damen und Herren, das weiß der Mann, der seit vielen Jahren an diesem Werk mitarbeitet. Wie viele Enttäuschungen haben wir erlebt, wie oft wollte das Herz müde werden, und wie oft bedurfte es des Blicks auf die Situation unserer Welt, des Blicks auf die tödliche Gefährdung unseres großen, wunderbaren, geliebten Europa, um wieder Mut zu fassen.

Mut, das ist die erste Tugend, und Kraft, die wir in unserer Zeit brauchen. Mut lassen Sie uns bewahren, so wie der große Franzose Alexis de Tocqueville sagte:

"Laßt uns daher in die Zukunft blicken mit jener heilsamen Furcht, die wachsam und kampfbereit macht, und nicht mit jenem kraftlosen und untätigen Schrecken, der das Herz lähmt und zermürbt!" (Starker, sich wiederholender Beifall.)



Vorsitzender Landesrat Dr. Oberhammer: Herr Bundestagsabgeordneter! Haben Sie herzlichen Dank für ihr ausgezeichnetes Referat, das die Wände dieses Salles aufgerissen hat, um uns in die große Welt einen Blick tun zu lassen. Die vielen Gäste, die uns zu diesem Bundesparteitag besucht haben, haben es uns schon früher bewußt gemacht, daß wir in dieser Welt nicht allein stehen. Sie haben das nun durch ihre Ausführungen unterstrichen. Wir danken Ihnen herzlich dafür.

Ich darf nun den Herrn Bundeskanzler bitten, zu uns zu sprechen. (Starker Beifall.)

Bundesparteiobmann Bundeskanzler Ing. R a a b (mit starkem Beifall begrüßt): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Freiheit - Wohlstand - Sicherheit! Diese Parole hat sich der 7. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei gegeben. Für uns sind diese Worte kein Lippenbekenntnis, sondern eine Verpflichtung. Wir reden nicht nur von der Freiheit, sondern wir haben für die Freiheit gearbeitet, und wir haben sie erkämpft.

Die Politik kennt keinen Stillstand. Die großen Errungenschaften von gestern sind die Selbstverständlichkeiten von heute. Wer denkt schon daran, daß der Bundesparteitag, der heute zu Ende geht, der erste ordentliche Parteitag war, den wir in einem wirklich freien Österreich begehen durften.

Wir haben vor drei Jahren, am 18. Mai 1955, einen außerordentlichen Parteitag abgehalten. Der Staatsvertrag war damals schon unterzeichnet. Aber noch wehten über der Wiener Hofburg die Fahnen der vier Besatzungsmächte; die Wiener Sofiensäule, in denen wir tagten, lagen noch in der britischen Besatzungszone; hier in Innsbruck und Tirol war noch französische Besatzungszone. Wir wußten damals bereits, daß wir die Freiheit errungen haben, aber wir wußten damals noch nicht, was diese Freiheit alles für uns bringen wird.

Ohne äußere Freiheit gibt es keine dauernde Friedensordnung, ohne innere Freiheit kein geordnetes und stabiles Staatswesen. Darum hat sich auch die Österreichische Volkspartei auf

diesem außerordentlichen Parteitag nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages das Ziel gesetzt, nach der Erringung der äußeren Freiheit alle Kräfte darauf zu konzentrieren, daß in diesem Lande auch die innere Freiheit gesichert wird. Diese Freiheit ist jedoch mit einem feierlichen Bekenntnis allein noch nicht gewährleistet.

Wir sind hier auf dem Parteitag einer Regierungspartei. Das ist eine Verpflichtung, zu der wir uns voll und ganz bekennen. Es ist bequem, in der Regierung zu sitzen und gleichzeitig Opposition zu machen. Ein solches Doppelspiel kommt für uns nicht in Frage. Wir sind nicht in die Regierung gegangen, um dort dauernd "njet" zu sagen, sondern um den Wählerauftrag zu erfüllen und sachliche Arbeit zu leisten. Wir haben auch bei unseren Forderungen und Wünschen stets im Auge, daß wir es letzten Endes sind, die diese Forderungen zu erfüllen und auch zu verantworten haben. Diese Verantwortung kann uns niemand abnehmen. Wir scheuen sie auch nicht, wir bekennen uns zu ihr, wir werden sie tragen, so wie wir sie bisher getragen haben.

Und noch eine grundsätzliche Feststellung, meine Freunde: Dieser Parteitag ist ein Parteitag der Österreichischen Volkspartei, ein Parteitag für uns und unsere Grundsätze. Wenn man die Protokolle des letzten sozialistischen Parteitages durchsieht, kommt man zum Schlusse, dass es sich dabei weniger um einen Parteitag für die SPÖ als um einen Parteitag gegen die Volkspartei gehandelt hat. Wir nehmen dies zur Kenntnis. Wir wissen, dass der Sozialismus um die Macht im Staat kämpft. Er hat sein Programm in neue Worte gekleidet, seine Parolen geändert, aber der marxistische Inhalt ist unverändert geblieben: Demokratie der Weg - aber Sozialismus das Ziel. Umso unverrückbarer werden wir an unserem Kurs festhalten. Wir machen hier keinen Parteitag gegen jemanden, sondern für jemanden: für unsere Grundsätze, für unsere Arbeit in Regierung und Parlament und damit für das ganze österreichische Volk, dessen Zukunft vom Erfolg dieser Arbeit abhängt.

Die drei Parolen dieses Parteitages sind untrennbar miteinander verknüpft. Ohne Freiheit gibt es keinen Wohlstand, der lebenswert wäre. Ohne Wohlstand gibt es aber keine echte Sicherheit. Die Sicherheit, die der Wohlfahrtsstaat dem Menschen zu gewährleisten vermag, ist trügerisch, denn sie ist um den Preis der totalen Abhängigkeit vom Staat erkaufte. Es ist eine Mahnung, dass in jenen Ländern, in denen das sozialistische Wohlfahrtsprinzip am totalsten verwirklicht wurde, die Selbstmordziffer und Jugendkriminalität über dem Durchschnitt der anderen Länder liegen.

Es ist auch eine Mahnung, dass der wirtschaftliche und soziale Fortschritt des 20. Jahrhunderts zugleich mit der vermehrten Freiheit auch die Freiheitsneurose geboren hat, die Angst des Menschen



vor dem Alleinsein, vor der Beschäftigung mit sich selbst und seiner Umgebung. Der Mensch lebt nun einmal nicht vom Brote allein, er kann aber auch nicht von Gesetzen und Erlassen von Bevormundung und Befürsorgung durch den Staat allein leben. Der Mensch als Ebenbild Gottes bedarf des persönlichen Freiheitsraumes, in dem er sich entfalten kann, er bedarf der Unabhängigkeit, er bedarf der Güter und Werte, die ihm das Leben lebenswert machen, weil sie ihm gehören, weil er sie selbst erworben hat.

Politische Scharlatane versuchen die grosse Auseinandersetzung zwischen den beiden Parteien in Österreich auf eine einfache Formel zu bringen, indem sie sagen: Ihr, die Volkspartei, ihr seid die Gestrigen, wir, die Sozialisten aber sind die Leute von morgen.

Meine lieben Parteifreunde! Eines kann ich Ihnen versichern: Die Schwierigkeiten, denen wir seit 1945 begegneten, sind nicht darauf zurückzuführen, dass wir von gestern sind. Im Gegenteil, wir sind beim politischen Gegner auf Unverstand und Widerstand überall dort gestossen, wo unsere Politik in die Zukunft wies. Lassen Sie mich nur ein Beispiel anführen: Wir von der Volkspartei haben schon im Jahre 1948 den Gedanken des Wohnungseigentums gesetzlich verankert und gegen unsagbare Widerstände durchgesetzt. (Beifall.) Heute, zehn Jahre danach, beginnen die fortschrittlichen Sozialisten diesen Gedanken in der Bundeshauptstadt Wien endlich nachzuahmen. Spät kommt ihr, doch ihr kommt! (Heiterkeit.)

Die Sicherheit, die der reine Wohlfahrtsstaat gewährt, ist aber auch deshalb trügerisch, weil sie der Staat nach Belieben einschränken und abstellen kann. Er muss sie einschränken und abstellen, wenn er nicht mehr in der Lage ist, jene Mittel

aufzubringen, die er für seine Sozialpolitik braucht. Wir haben in Österreich seit 1945 die grösste Sozialreform in der Geschichte unseres Landes verwirklicht. Das ASVG., der Familienlastenausgleich und die Altersversorgung für die Selbständigen sind Gesetzeswerke, die weit über die Grenzen unseres Landes hinaus als vorbildlich gelten. Wir konnten dieses gewaltige Sozialwerk aber auch nur deshalb schaffen, weil eine gesunde und leistungsfähige Wirtschaft die Mittel hiezu erbracht hat. Der Fleiss unserer Arbeiter und Angestellten, unserer Wirtschaftstreibenden und Bauern, vor allem aber das Vertrauen der kleinen Sparer, haben diese Leistungen ermöglicht. Das waren die Grundlagen; diese Grundlagen gilt es zu erhalten. Konjunktur und Vollbeschäftigung dürfen nicht gefährdet, das Vertrauen der Sparer darf nicht enttäuscht werden. Wir werden, meine Parteifreunde, niemals dulden, dass die Bevölkerung noch einmal um ihren Spargroschen gebracht wird. (Lebhafter Beifall.) Wir werden uns niemals dazu hergeben, dass die Menschen unseres Landes nochmals um die Hoffnung auf einen sicheren Lebensabend betrogen werden. Wir werden jeder verantwortungslosen Lizitationspolitik, ganz gleich von wo, die diese Grundlage zu zerstören droht, mit aller Entschlossenheit entgegentreten.

Ich fühle mich für die soziale Sicherheit aller Österreicher verantwortlich und glaube, gerade im Interesse der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Rentner und Pensionisten zu handeln, wenn ich mich gegen jedes wirtschaftliche Abenteuer ausspreche. (Beifall.) Für sie nehme ich auch die Gefahr auf mich, im ersten Augenblick nicht immer von allen verstanden zu werden. Ich habe mich nie gescheut, die Wirtschaft zur Ordnung zu rufen, wenn ich

dazu Anlass hatte. Ich habe mich stets gegen jeden Preisexzess gewendet. Aber ich wende mich leidenschaftlich auch dagegen, dass dem einen genommen wird, um dem anderen zu geben; dass Lohn- und Gehaltserhöhungen durch steigende Preise und Tarife wieder wettgemacht und in der Folge die Schlote zu rauchen aufhören und die Arbeiter auf die Strasse gesetzt werden.

Wenn wir nach diesem Parteitag wieder nach Wien zurückkehren, dann wartet dort auf unseren Schreibtischen wieder eine Reihe von Forderungen auf uns. Das Budget des kommenden Jahres ist noch nicht verabschiedet, und schon sollen neue Belastungen an den Staatshaushalt herangetragen werden. Ich fordere die Vertreter aller Gruppen, die Forderungen zu stellen haben - ganz gleich, aus welchem Lager sie kommen -, auf, genau zu prüfen, ob die Vorteile, die sie für ihre Interessengruppen verlangen, nicht mit schweren Nachteilen für andere Gruppen und die Gesamtheit erkauft werden müssen. Ich fordere sie aber auch auf, zu prüfen, ob nicht letzten Endes auch ihre eigene Gruppe von einer Gefährdung der Währungsstabilität, von einer Entwertung des Schillings und von einem Rückgang der Vollbeschäftigung am ärgsten betroffen sein würde. Wir können das, was wir seit 1945 durch gemeinsame Arbeit erreicht haben, nur dann bewahren, wenn wir es auch gemeinsam verteidigen. Die Geschichte der Zweiten Republik ist keine Geschichte des Klassenkampfes mehr, ist keine Geschichte des Kampfes aller gegen alle, sondern ein schönes Beispiel dafür, was wir durch gegenseitiges Verstehen, wechselseitiges Vertrauen und gemeinsame Arbeit erreicht haben.

Aus diesem Geist heraus werden wir auch, solange wir die erste Partei im Staat sind, die Garantie dafür bieten, dass Österreichs Bauernschaft nicht deklassiert wird. (Beifall.) Die Ablehnung eines Landwirtschaftsgesetzes durch die Sozialistische Partei ist ein deutliches Mahnzeichen dafür.

In einem marxistischen Weltbild ist eben für einen freien Bauernstand kein Platz, und nur aus einem solchen Weltbild heraus ist der Vorschlag denkbar, daß die Bergbauern in Tirol und in den anderen Alpenländern angesichts der geringeren Produktivität ihrer Arbeit einfach in die Städte auswandern sollen und ihre Äcker und Fluren aufgeforstet werden sollten. Das ist ungefähr dasselbe, wie wenn ein Bauer sagen würde: "Wer in Österreich keine Arbeit findet, soll auswandern; Arbeitslosenunterstützung ist ein Unfug, weil sie nicht produktiv ist." Die menschliche und soziale Seite des Bauernstandes bedeutet dem Marxismus nichts. Die hundertjährige Bindung des Bergbauern an seine Scholle, der moralische Wert seines Ausbarrens als Quelle der Volkskraft, die Sicherung des heimischen Bodens, solche Dinge haben für ihn kein Gewicht. Das ist das unabänderliche Gesetz des Marxismus, das ist der krasse politische Marxismus, der nur an den naturgewollten Ablauf der Dinge glaubt.

Den Bauernstand auf seinem Hofe zu erhalten, muß daher die vornehmste Aufgabe jeder politisch verantwortlichen Partei sein. (Beifall.) Wenn der Herr Vizekanzler daher in seiner Redefreudigkeit auf seinem Milchsee herumschwimmt (Heiterkeit) und den richtigen Hafen nicht findet, andererseits uns Vorwürfe macht, wir seien für die Bewirtschaftung, während die Sozialisten jetzt auf einmal für die freie Wirtschaft sind, so muß ich dazu bemerken, daß die Erhaltung der Bauernfamilie auf ihrem Hofe und die Voraussetzung, daß sie diese wichtige Funktion erfüllen kann, bedingt, daß ihr die notwendigen Lebensbedingungen gesetzlich geschaffen werden (Beifall) und daß eben dazu Ausnahmsgesetze notwendig sind. Gerade das Milchwirt-



schaftsgesetz, das jetzt in dem neuen Marktordnungsgesetz enthalten ist und leider bloß auf ein Jahr beschlossen wird, hat wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Gebirgsbauern ebenfalls in den Bereich eines geordneten Milchpreises gekommen sind und damit zur Erhaltung der Bergbauern eine wesentliche Hilfe geleistet wurde. Was würde eintreten, wenn dieses Milchwirtschaftsgesetz aufgegeben würde? Natürlich wären die Gebirgsbauern von der Belieferung der großen Konsumzentren ausgeschlossen. Was nützt ihnen dann die Auszahlung von 50 Groschen durch den Staat direkt an den einzelnen, wenn andererseits die Milch nicht anbringbar ist? Hier haben die bewährten Organisationen der Landwirtschaft voll und ganz ihre Pflicht getan, und besonders haben, das möchte ich heute betonen, ihre landwirtschaftlichen Genossenschaften eine große Aufgabe für die wirtschaftliche Entwicklung auf diesem Gebiet erfüllt. (Beifall.)

Aber auch vom nationalen Standpunkt ist die Erhaltung des Bauern auf seinem Hofe hoch droben im Gebirge von größter Bedeutung. Gerade hier in Tirol glaube ich Verständnis zu finden, daß der Bauer, der auf seinen Höfen im Vintschgau und in all den Tälern Südtirols sitzt, ein wesentlich sichererer Faktor für die Erhaltung des Volkstums ist als die Bewohner der Städte, die viel leichter den Umwandlungen der Zeit unterliegen. (Lebhafter Beifall.)

Natürlich ist der Bergbauer, sind die kleinen Landwirte und die Gewerbetreibenden und der Mittelstand durch die fortschreitende Technik und Vermassung bedroht. Wir sind aber nicht in die Politik gegangen, um der Liquidierung dieser Bevölkerungsgruppen zu präsidieren. Im Gegenteil: Unsere Po-

litik ist es, dieser Liquidierung Einhalt zu gebieten. Die Stellung des freien Bauern und freien Bürgers, des Mittelstandes und des Angestellten mag sich im Zeitalter der Automatisierung ändern.

Ein Platz ist in der menschlichen Gesellschaft aber immer vorhanden. Diesen Platz gilt es zu sichern.

Wir werden in einem Jahr abermals vor die österreichische Bevölkerung hintreten und ihr sagen: Gewährt uns neuerlich euer Vertrauen, gebt uns so wie vor vier vorangegangenen Wahlen die Mehrheit in diesem Lande! Wir fordern diese Mehrheit nicht als Selbstzweck für uns. Wir brauchen nicht die Macht. Wir fordern diese Mehrheit, um für Österreich die Parole dieses Parteitages verwirklichen zu können: Freiheit, Wohlstand und Sicherheit für alle! (Lebhafter Beifall.)

Meine lieben Parteifreunde! Unser Parteitag geht seinem Ende entgegen.

Wir stehen hier in Innsbruck auf europäischem Boden. Diese Stadt ist umschlossen von den Gebirgszügen der Alpen, die weit drüben im Westen an der Grenze des spanischen und französischen Kulturkreises mit den Pyrenäen beginnen und deren letzte Ausläufer, die Karpathen, auf östlicher Erde stehen. Die Alpenstadt Innsbruck ist aber auch eine Station auf jener großen Heer- und Handelsstraße des Heiligen Römischen Reiches, auf der durch Jahrtausende der mitteleuropäische Kulturkreis jenem des Mittelmeeres begegnet ist. Hier in Innsbruck, der Stadt Maximilians des letzten Ritters, hier im Lande Tirol, kommt uns allen zum Bewußtsein, daß einst in Österreich der Herzschlag dieses Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation pulste. Hier zerbrachen seit einem Jahrtausend die Stürme, die gegen das christliche Abendland brandeten. In unserem Lande

ist die Idee des friedlichen Zusammenlebens verschiedener Völker stets lebendig gewesen. Wir fassen auch heute, da wir ein kleiner Staat geworden sind, der sich zur militärischen Neutralität bekennt, unsere Mission als eine Mission des Friedens auf, für den wir immer wieder, auch in einer von Machtkämpfen zerrissenen Welt, unsere Stimme erheben werden.

Ich habe schon wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß der Friede in diesem Teil Europas erst gesichert sein wird, wenn die Großmächte zu einer Lösung der deutschen Frage gefunden haben. Es ist daher auch jetzt, da die Völker dieses Kontinents besorgt nach Berlin blicken, unsere Meinung, daß die vier Großmächte ehestens wieder zu Besprechungen über die Deutschlandfrage zusammentreten sollten. (Lebhafter Beifall.) Das deutsche Problem ist zweifellos wesentlich schwieriger zu lösen als es seinerzeit das österreichische war. Man wird auch keine Lösung von heute auf morgen finden können, denn man wird dieselben Prinzipien anwenden müssen: das Prinzip des Verhandels, das Prinzip der Anerkennung der legitimen Rechte der Völker und das Prinzip des Ausgleiches der Interessen. Jeder einseitige Akt führt nur zu einer Verschärfung der Spannungen und zur Gefährdung des Friedens.

Tirol und mit ihm Österreich werden im kommenden Jahr das Gedenkjahr von 1809, das Gedenkjahr Andreas Hofers, feiern. Wir werden diese Feiern nicht im Geiste eines engstirnigen Nationalismus begehen, denn damit würden wir das Andenken dieses Mannes schlecht ehren. Dieser Andreas Hofer war kein natio-



nalistischer Partisane. Im Gegenteil: Er hat der Nationalstaatenidee der Herrscher, er hat den künstlich geschaffenen Staatengebilden und den willkürlich gezogenen Grenzen den alten Gedanken des Volksstaates und der angestammten Freiheitsordnung, die hier im Tiroler Raum immer lebendig war, entgeggestellt. Indem wir dieses Mannes, der aus Südtiroler Boden kam, gedenken, grüßen wir unsere Brüder in Südtirol und versichern ihnen, daß wir in Gedanken immer bei ihnen sind.

(Starker Beifall.)

Aber nicht nur das: Es ist unser ernsthaftes Anliegen, sich ihrer Sorgen und Nöte im vertraglich festgelegten Rahmen anzunehmen. Ich habe auf zwei Romreisen in diesem Jahr Gelegenheit gehabt, mit dem italienischen Ministerpräsidenten Fanfani darüber zu sprechen, und ich gebe auf Grund dieser Aussprachen der festen Hoffnung Ausdruck, dass die künftigen Verhandlungen über die beiderseitigen Probleme zwischen Österreich und Italien zu einem positiven Ergebnis führen werden. (Lebhafter Beifall.)

Das Europa von morgen darf ebensowenig im Zeichen des nationalistischen Völkerhaders stehen wie es in der öden Gleichmacherei eines sozialistischen Verbrüderungskonzepts untergehen darf. Es muss eine Gemeinschaft von freien Staaten sein, die auf gegenseitiger Achtung beruht. Hier erwächst den christlich-demokratischen Parteien eine grosse Aufgabe. Hier aber liegt auch die grosse Verpflichtung der Österreichischen Volkspartei für die Zukunft.

Alle Österreicher, die den Kollektivismus ablehnen, die für die Freiheit ihrer Person und ihrer Anschauungen einzustehen gewillt sind, sollen in unseren Reihen willkommen sein. Es gibt heute keinen Grund mehr, dass Katholiken und Protestanten, Nationale und Liberale sich nicht für die Ziele, für die wir eintreten, ehrlich und kameradschaftlich vereinen können. Die Jugend wollen wir von dem bewahren, was uns in der Vergangenheit getrennt hat. Sie wächst ohne die Last heran, die für uns die Erinnerung an die Jahre 1918, 1934, 1938 oder 1945 bedeutet. Halten wir uns an das Gemeinsame, das uns heute verbindet: Österreich ist unser Vaterland, deutsch unsere Muttersprache, europäisch unsere Gesinnung. (Beifall.) Streifen wir auch jedes Ghetto-Denken von uns!

Es ist der Ausdruck der Schwäche und widerspricht unserer historischen Mission. Wir haben unseren festen Standort, aber wir fürchten die Koexistenz weder in der Innen- noch in der Aussenpolitik!

Meine Parteifreunde! Unsere Aufgaben sind so gross und vielfältig, dass wir sie nur im ehrlichen Zusammenstehen und wirklicher Geschlossenheit meistern werden. In dem Zusammenwachsen der Bünde überwinden wir die letzten Klassengegensätze von gestern. So wie in den grossen Staaten Europas die christlich-demokratischen Bewegungen aus den Klassen- und Weltanschauungskämpfen der Vergangenheit zur Sammlung der Mehrheit ihrer Völker emporgewachsen sind, so soll auch die Österreichische Volkspartei diesem Lande endgültig den Stempel einer neuen und glücklicheren geschichtlichen Epoche aufdrücken.

Wir stehen hier nicht nur für unser Land, wir stehen auch für die Hoffnung von Millionen Menschen, dass einst die Fahne der Freiheit wieder über das ganze Europa wehen wird. In diesem Monat jährte sich zum 40. Male der Tag, der zwar die Geburtsstunde unserer Republik ist, an dem aber auch durch alles andere, was damals geschah, das Unglück über Europa gekommen ist. Daher können wir in dem Gedenken an die Vorgänge vor 40 Jahren heute, da ein ganzer Kontinent für die Schuld und Tragik dieser Zeit büssen musste, nur den Vorsatz fassen, nicht den Versäumten oder Unausweichlichen nachzutrueren, sondern das zu wahren und zu halten, was Österreich seither durch die Leistung und den Opfermut seiner Bewohner erreichte. Das war der Beginn des Kampfes um die Freiheit.

Am 22. Februar 1953 war die vorletzte Nationalratswahl. Das Resultat war ein niederschmetterndes. Wir hatten 74 Mandate, die Sozialisten 73, der VdU, wie er damals hiess, 14, die Kommunisten, die sich damals Volksopposition nannten, hatten wieder eines verloren und nur mehr 4 Mandate.

Ich hatte damals die Absicht, den VdU in die Regierungskoalition einzubeziehen, doch wurde dies von den Sozialisten abgelehnt, die bei Körner intervenierten, der schliesslich die definitive Erklärungsabgab, dass er keine Regierung ernennen würde, an der der VdU teilnehmen sollte, weil diese Partei - hat er mir ausdrücklich gesagt - keine österreichische Partei sei, sondern eine faschistische Partei. Es ist gut, wenn man manchmal an diese Dinge erinnert und sie wiederholt. Die Sozialisten vergrösserten auf Grund des Wahlergebnisses ihre Forderungen und verlangten unter anderem auch das Unterrichtsministerium.

Sonntag, den 22. März 1953 trat die Bundesparteileitung zusammen und beauftragte mich mit den Verhandlungen, eine Regierung zu bilden. Ich habe seinerzeit dem provisorischen Kabinett des Staatskanzlers Renner angehört, musste aber nach den Wahlen 1945, als mein Vorgänger Figl seine erste Regierung bildete, aus derselben ausscheiden, da der Hochkommissär der Sowjetunion gegen meine Person Einspruch erhob. Es war daher eine gewagte Sache, meine Person mit der Regierungsbildung zu betrauen, da man nicht wusste, wie sich die Besatzungsmächte dazu einstellen werden. Wir waren ja damals vollkommen unfrei. Auch hatte die Arbeiterkammer und die sozialistische Presse einige sehr unfreundliche Erklärungen abgegeben und mich als Kapitalisten und Arbeiterfeind in der Öffentlichkeit hingestellt. Heute sind derartige Stimmen ziemlich verstummt.



Am Donnerstag, den 9. April 1953 machte ich bei den vier Hochkommissären meine Aufwartung. Die Unterredung mit dem damaligen Hochkommissär Swiridow verlief sehr freundlich. Die Sowjetunion hatte also in die innere Gestaltung Österreichs nicht eingegriffen.

Ich will nicht weiter hier ausführen, wie sich dann das Verhältnis entwickelte, aber zwei Dinge will ich erwähnen:

1. Die Verhandlungen über das Donaukraftwerk Ybbs-Persenbeug.

Die Deutschen hatten in diese Baugrube 40 Millionen Mark hineingebaut. Die Spundwände standen schief und drohten, unterwaschen zu werden. Alles andere, was dort brauchbar war, war weggeräumt worden. Ich ersuchte daher schon bei den ersten Unterredungen um die Rückgabe dieser Baugrube.

Am 28. Mai 1953 hat die Sowjetregierung den Vorschlag der österreichischen Regierung, ihr die Aktiven des Baues des Werkes Ybbs-Persenbeug, welches als früheres deutsches Eigentum in Österreich im Besitze der UdSSR war, zu verkaufen, wohlwollend behandelt und beschlossen, dem Ansuchen der österreichischen Regierung, ihr die Aktiven des Werkes zu verkaufen, zu entsprechen und so zur beschleunigten Vollendung dieses für die österreichische Wirtschaft wichtigen E-Werkes beizutragen. Die erste Schwalbe der Verständigung war damit gekommen.

Ich will es unterlassen, Auseinandersetzungen, die es mit den Sozialisten in dieser Frage gegeben hat, zu erörtern, und will nicht daran erinnern, dass es die Sowjetunion lieber dem Lande Niederösterreich als dem Bundesminister Waldbrunner gegeben hätte. (Beifall.) Das Werk ist heute vollendet und ist ein Denkmal der ersten Verständigung zwischen Österreich und der damaligen Besatzungsmacht.

Ferner verlangte ich die Rückgabe der Autobahn. Die Sowjetunion erwiderte mir, das ginge nicht, weil damit die Möglichkeit gegeben wäre, dass die amerikanischen Panzer von Salzburg her nach Osten rollen könnten. Ich habe ihnen vorgeschlagen, man soll bloss die Teilstrecken in Oberösterreich, Salzburg und Niederösterreich fertigstellen und soll die Ennsbrücke vorläufig unfertig lassen. Heute ist diese Ennsbrücke fertig, und ich bin Donnerstag ohne Erlaubnis des Herrn Handelsministers darübergefahren. (Heiterkeit.) Sie stellt ein Meisterwerk österreichischer Ingenieurkunst dar, die die Autobahn über die Enns hinüberführt.

die Enns, die für viele Schicksal, Angst und Furcht bedeutete. Heute haben schon viele vergessen, daß an beiden Ufern dieses Flusses die Militärwachen der Alliierten gestanden sind. Die Landesregierung von Niederösterreich hatte schon vorher mit den Russen wertvolle Verbindungen aufgenommen, und die Werke der NEWAG im Kamptal, deren Gründe die Sowjetunion schon vorher an Niederösterreich abgetreten hatte, sind ebenfalls ein Denkmal der Pionierarbeit um Österreichs Freiheit. (Beifall.)

Am 30. Juli 1953 kam die Nachricht, daß die UdSSR auf Grund des von der österreichischen Regierung ausgedrückten Wunsches alle Ausgaben für den Unterhalt der sowjetischen Besatzungskräfte in Österreich, die sogenannten Besatzungskosten, auf sich nehme, und damit wurde das österreichische Staatsbudget entlastet. Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten dies schon 1947 getan, wie überhaupt die Hilfeleistung der Amerikaner auf finanziellem Gebiet eine ungeheuer große war und ich auch diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen will, ihnen den Dank des österreichischen Volkes noch einmal auszudrücken. (Beifall.)

Am 31. Juli 1953 eröffnete ich die Dornbirner Messe, und da kam die Nachricht, daß die Russen die I-Karte aufgehoben haben. Diese Maßnahme löste allgemein große Freude aus. Die Engländer haben sich dann ebenfalls veranlaßt gesehen, die Besatzungskosten aufzugeben, und schließlich auch die Franzosen, nachdem ich im September in Paris mit dem französischen Außenminister Bidault verhandelt hatte. So besserte sich langsam das Verhältnis mit den Besatzungsmächten, wir kamen langsam aus dem Zustand der Rechtlosigkeit heraus.

Im Februar 1954 fand dann die Außenministerkonferenz in

Berlin statt, die sich vor allem mit dem österreichischen Staatsvertrag beschäftigte. Unser Außenminister Figl, der damals die schwierigen Verhandlungen führte, schloß seine groß-angelegte Rede mit dem Appell: "Geben Sie Österreich den Staatsvertrag, und Sie werden damit nicht nur sieben Millionen Österreichern die ihnen schon längst gebührende Freiheit geben, sondern darüber hinaus zur Festigung des Friedens, zur Minderung der Spannung in den internationalen Beziehungen und zur wirklichen Gewährleistung der Sicherheit in Europa ungeheuer viel beitragen." (Beifall.)

Am 18. Februar 1954 kam die Hiobsbotschaft von Berlin, daß wir weiter besetzt bleiben. Eine Niedergeschlagenheit erfüllte das österreichische Volk, alle Hoffnung schien vergebens. Und doch müssen wir heute sagen, daß das Scheitern der Berliner Konferenz auch seine Vorteile hatte, weil wir sonst nicht in den Besitz unserer Ölfelder gekommen wären, welche nach dem damaligen Entwurf auf einige Jahrzehnte im Besitz der Sowjetunion verblieben wären.

Die wirtschaftliche Konsolidierung: Am 1. Mai des Jahres 1953 wurde der neue Dollarkurs eingeführt: 1 Dollar = 26 S, der bisher vollkommen stabil geblieben ist. Der Finanzminister Dr. Kamitz erklärte damals, die seit einem Jahre konsequent betriebene Politik der Währungsstabilität habe zu einem vollen Erfolg geführt. Die Preise haben sich nach dem stürmischen Auftrieb der Nachkriegszeit stabilisiert, die Zeit der Lohn- und Preisübereinkommen, deren es fünf gab, wurde beendet, und die Lebenshaltungskosten sind gesunken.



Von der Finanzgebarung der öffentlichen Hand können somit keine inflationistischen Tendenzen mehr ausgehen. Die Währung bedarf keiner Krücken mehr, und seit dem 1. Mai 1953 ist der Kurs des Schillings stabil geblieben und bedeutete das feste Fundament unseres Wirtschaftsaufstieges, den wir seit diesem Tage bis heute genommen haben. Ich möchte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, dem Herrn Finanzminister für seine wertvolle Mitarbeit dafür den herzlichsten Dank auszusprechen. (Starker Beifall.)

Jeder, der nicht böswillig ist, wird es bestätigen müssen, daß diese Tatsache die Grundlage des heutigen Aufstieges bedeutete und wir heute einen Lebensstandard erreicht haben, wie er niemals vorher in Österreich war. Umo größer ist die Verpflichtung aller Verantwortlichen, dieses Fundament nicht zersetzen und zerstören zu lassen.

Am 8. Februar 1955 hielt Molotow im Obersten Sowjet eine Rede, in der er zur Frage des Staatsvertrages erklärte, daß eine Lösung gefunden werden müsse, die die Möglichkeit eines Anschlusses ausschließt und bei der gemeinsame Maßnahmen der vier Besatzungsmächte getroffen werden müssen. Außerdem darf Österreich in keine Koalition eintreten und keine militärischen Truppen sowie militärische Stützpunkte auf seinem Territorium gestatten. Es war dies eine gewisse Antwort auf früher von mir mit dem Hochkommissär der Sowjetunion in Wien geführte Gespräche. Es werden einmal die Berichte über dieselben veröffentlicht werden. Damit wird dann der Nachwelt klargestellt

werden, welchen Einfluß wir damals auf den Vorschlag des Neutralitätsgedankens genommen haben. Im Buch des Bundespräsidenten Dr. Schürf "Österreichs Erneuerung" hat nämlich diese Politik gewisse Bemerkungen ausgelöst.

Dann kam die Einladung nach Moskau. Wir beschlossen, sofort zu fahren, und das war gut so. Am Ostermontag, den 11. April 1955, fuhren wir weg. Die Leute standen auf den Straßen. Sie waren besorgt und winkten uns zu, als ob wir nicht wiederkommen würden. Und doch bedeutete diese Fahrt den ersten Schritt in die Freiheit, zum Wohlstand und zum Frieden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist bekannt.

Bereits am 14. April 1955 konnte ich folgende Botschaft an das Österreichische Volk richten:

"Österreich wird frei, wir bekommen unseren Heimatboden in seiner Gänze zurück. Die Kriegsgefangenen und Inhaftierten werden die Heimat wiedersehen.

Das hat die aufrechte Haltung des österreichischen Volkes erduldet, erarbeitet und errungen. (Lebhafter Beifall.)

Wir freuen uns schon, unsere Heimat nach Abschluß der schweren Verhandlungen glücklich wiederzusehen."

Meine Parteifreunde! Ich habe diesen geschichtlichen Rückblick gegeben, weil er meine Worte am Anfang bestätigt. Die Freiheit ist für uns kein Lippenbekenntnis. Wir haben für sie ehrlich gerungen und wollen sie uns jetzt und in alle Zukunft bewahren. Damit erfüllen wir unsere Mission nicht nur für Österreich, sondern auch für Europa. Wir wollen diese Welt von

morgen bauen, wie sie dem Dichter der ältesten alpenländischen Demokratie, dem Schweizer Gottfried Keller, vorgeschwebt ist, als er sagte: "Achte jedes Mannes Vaterland, das eigene aber liebe!" Wenn wir in diesem Geist an unsere Aufgabe herangehen, dann wird die Parole dieses Parteitages Wirklichkeit werden: Freiheit, Wohlstand und Sicherheit für alle, in einem geeinten Europa, in einer friedlichen Welt! (Starker anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Landesrat Oberhammer: Herr Bundeskanzler! Ich darf die Gelegenheit benützen, um dir für all die Mühe, für all die Arbeit, für all den Mut, für all die schweren Stunden, für all die Kraft, die du für dieses Vaterland aufgewendet hat, den Dank Österreichs zu sagen. (Starker Beifall. - Die Anwesenden erheben sich und bereiten Bundeskanzler Ing. Raab stürmische Ovationen.) Die Römer haben einen ihrer grössten Staatsmänner pater patriae genannt. Ein richtiger Vater des Vaterlandes bist du uns geworden. Dafür Dank. (Erneuter starker Beifall.)

Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und noch einmal Freiheit war die Parole dieses 7. Bundesparteitages der Österreichischen Volkspartei. Meine lieben Freunde! Auf! An die Arbeit, um diese Parole zu verwirklichen! Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und noch einmal Freiheit wird die Parole lauten, die dem Wahlkampf überschrieben ist. (Lebhafter Beifall.)

Der 7. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei ist geschlossen. (Beifall. - Der Bundesparteitag wird mit der Bundeshymne geschlossen.)

Schluss des Bundesparteitages: 12 Uhr